DEUTSCHER EVANGELISCHER VERBAND
FÜR ALTENARBEIT UND PFLEGE E.V.

AUSGABE · 2022

IMPULS

BUNDESPOLITIK

Grußwort von Prof. Dr. Karl Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit

INTERVIEW WILFRIED WESEMANN

DEVAP fordert Einbeziehung der Pflege

MEINUNGSBILD ANNA LEONHARDI

Die Pflege muss mit am Tisch sitzen

QUALIFIKATIONSMIX

Aufgabenverteilung und Qualifizierung in der Pflege

Echte Beteiligung von Anfang an

Die Pflegeexpertise gehört an die Tische der Entscheidungen

ANZEIGE

EASY order

Kulinarische Teilhabe durch digitale Unterstützung

Intelligente Menüempfehlung und Optimierung des Verpflegungsprozesses!

Wir beraten Sie gerne!

apetito catering B.V. & Co. KG • Bonifatiusstraße 305 • 48432 Rheine
Telefon: 05971 / 799 - 0 • www.apetito-catering.de

apetito catering

EDITORIAL

Echte Beteiligung der Pflege gefordert!

© Foto: DEVAP

© Foto: DEVAP

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

unser Jahresheft erscheint 2022 das 5. Mal in diesem Format. „Hölzernes Jubiläum“ könnte man also mit ein wenig Fantasie sagen.

Mehr als „nur“ ein wenig Fantasie, sondern echte Beteiligung und Partizipation an den Prozessen und Entscheidungen, die Pflege zukunftsfest und generationsgerecht zu gestalten, mit diesem Aufruf möchten wir Sie herzlich einladen, diese Ausgabe zu lesen.

In diesen besonderen Zeiten gilt erst recht: Wer Beteiligung fordert, sollte auch Bereitschaft zeigen, Verantwortung zu tragen. Dass Pflege dieser wichtigen gesellschaftlichen Verantwortung gewachsen ist, haben WIR in den beiden letzten einschneidenden Jahren der Pandemie gezeigt.

Zu oft wurde die Pflege dabei allerdings nicht beim Entstehungsprozess von Entscheidungen beteiligt, sondern erst in der Umsetzung gefordert. Nicht selten trafen dabei Theorie und Praxis auf Unvereinbarkeit oder gerieten mindestens an die Zerreißprobe.

Dass der DEVAP gemeinsam mit seinen Mitgliedern bereit ist, sich für die Weiterentwicklung der Pflege in Deutschland engagiert einzusetzen und zu beteiligen, haben wir zukunftsweisend mit dem „Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021-2025: Gleichwertige Lebensverhältnisse für hilfs- und pflegebedürftige Menschen schaffen: Politik und Freie Wohlfahrtspflege gefordert!“ gezeigt.

Unsere in diesem Jahr durchgeführte Mitgliederbefragung hat uns in diesem Ansatz bestärkt. Der DEVAP ist ein MIT-MACH-Verband, in dem wir gemeinsam eine grundständige Struktur- und Finanzreform umsetzen wollen - gemeinsam mit unseren Mitgliedern und der Politik sowie den beteiligten Akteuren.

Diese Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, unterstreichen wir mit der Forderung der Beteiligung: Pflege muss mit an die Entscheidungstische. Nur mit unserer Fachexpertise können und sollten die wichtigen Herausforderungen der Pflege angegangen werden.

Ende letzten Jahres hat sich eine neue Regierung konstituiert. Auch ein neuer Bundesgesundheitsminister ist jetzt seit knapp einem Jahr im Amt. Wir freuen uns sehr über das Grußwort von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Lauterbach. Wir werden dies auch zum Anlass nehmen, weiter mit ihm in den Dialog zu den wichtigen Reformen der Pflegepolitik zu gehen. Nachdem der Koalitionsvertrag seitens des DEVAPs zunächst vorsichtig optimistisch bewertet wurde, stellen wir jetzt die klare Frage in Richtung Politik: „Warum ist in der Pflege im letzten Jahr nichts passiert?“, hier bleiben wir hartnäckig bei unseren Forderungen!

In diesen herausfordernden Zeiten laden wir Sie herzlich zu der Lektüre unseres Jahresheftes und zum MIT MACHEN im DEVAP ein.

> Der HERR aber, der selber vor euch her geht, der wird mit dir sein und wird die Hand nicht abtun noch dich verlassen. Fürchte dich nicht und erschrick nicht. 5. **Mose** — 31:8

Herzliche Grüße

Wilfried Wesemann
Vorstandsvorsitzender
des DEVAP

Anna Leonhardi
Geschäftsführerin
des DEVAP

© Foto: BMG/Maximilian König

© Foto: iStock/[illegible]

04 **DEVAP RÜCKBLICK 2021 / 2022**
Was waren die wichtigsten Themen, die uns beschäftigt haben?
Wir geben einen Überblick

10 **BUNDESPOLITIK**
Grußwort von Prof. Dr. Karl Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit
Reform der Pflege ist eine der großen gesellschaftspolitischen Aufgaben

12 **INTERVIEW**
DEVAP fordert Einbeziehung der Pflege
Pflege muss mitbestimmen dürfen

14 **MEINUNGSBILD**
Die Pflege muss mit am Tisch sitzen
Anna Leonhardi zur Bedeutung von Pflege und Diakonie

16 **STATEMENTS**
Nachgefragt:
Politik, Verbände und Wissenschaft antworten

26 **DEVAP-FACHAUSSCHÜSSE**
Koalitionsvertrag 2021-2025
Was steckt drin? Was ist bisher geschehen? Was muss noch getan werden?

39 **BUNDESPOLITIK**
Bundespflegebevollmächtigte Claudia Moll im Interview
Wir müssen als Gesellschaft entscheiden, wie wir gute Pflege finanzieren

41 **MITGLIEDERBEFRAGUNG 2022**
Pflege Gehör verschaffen – wir stärken Ihre Stimme im (Ver-)Bund
Die Ergebnisse der Umfrage sind ein Anlass zu feiern

44 **PERSONALBEMESSUNG**
Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege
Was kann jetzt schon getan werden?

54 QUALIFIKATIONSMIX
Aufgabenverteilung und Qualifizierung in der Pflege
DEVAP-Impulspapier „Qualifikations-mix neu denken“

58 LEITLINIEN FÜR NACHHALTIGKEIT
Konferenz verabschiedet Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die Diakonie
Pflege- und Gesundheitsbereich kann zum Schutz der Umwelt viel beitragen

64 DIGITALISIERUNG
Digitalisierung der Pflege endlich im Fokus
„Kompetenzzentrum Digitale Pflege“ etablieren

69 EIN ZIEL UND EINE SPRACHE
„Neues Storytelling“ für die Pflege
Wir brauchen einen Raum für gemeinsame Dialoge

72 TAG DER PFLEGENDEN
„Pflege braucht Aufwind“
Diakonie Deutschland und DEVAP fordern Umsetzung des Koalitions-vertrages

74 STUDIENERGEBNISSE
Flächendeckenden präventiven Hausbesuch einführen
Mortalität und Krankenhaus-aufenthalte deutlich gesenkt

78 INVESTITIONSKOSTEN & KLIMASCHUTZ
Refinanzierung sichern und Pflegebedürftige entlasten
DEVAP legt Positionspapier vor

82 VORSTELLUNG DEVAP
83 MITARBEITER:INNEN DEVAP
84 IMPRESSUM

REDAKTIONSSCHLUSS: 30. SEPTEMBER 2022

Was waren die wichtigsten Themen, die uns beschäftigt haben? Wir geben einen Überblick.

*AUTOR · **Michael Schulz***

7-Tage-Inzidenz der Corona-Infektionen
in Deutschland seit Oktober 2021 (je 100.000 Einwohner)
Quelle: RKI-Dashboard und RKI-Lageberichte

64 ▲
01. Oktober

Oktober 2021

Fokus Digitalisierung der Pflege gefordert

Koalitionsverhandlungen. Das Bündnis „Digitalisierung in der Pflege“, dessen Mitglied der DEVAP ist, fordert: Digitalisierung der Pflege muss in den Fokus gerückt werden.

Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der DEVAP positioniert sich zur kurzfristigen Finanzspritze von einer Milliarde Euro aus Bundesmitteln für die Pflegeversicherung.

Gemeinsam fordern der DEVAP und der VKAD von der neuen Bundesregierung die Stärkung der Pflegeausbildung. Sorgen bereitet der Mangel an Lehrpersonal an Pflegeschulen.

© Foto: DEVAP

> Die Welt ist aus den Fugen geraten und es gilt mehr denn je, sich für stabile und verlässliche, zukunftssichere und nachhaltige Versorgungsstrukturen einzusetzen – auch und vor allem in der Pflege.

Wilfried Wesemann
Vorstandsvorsitzender des DEVAP

DEVAP-Pressemitteilung, 10.03.2022
„Pflege zeigt jeden Tag Gesicht“

Kapellengespräch "Kostenfaktor Pflege"

Einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen

Verbändebündnis Digitalisierung trifft Mitglieder des Bundestages

155 ▲
01. November

November 2021

Pflege ist am Limit

Der DEVAP äußert sich zum geplanten Infektionsschutzgesetz und sieht die „Pflege am LIMIT!“

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung rückt die Pflege in den Fokus. Umsetzung der Personalbemessung soll beschleunigt werden. Verbände loben überwiegend.

Ampel-Koalition schnürt Sieben-Punkte-Sofortprogramm gegen Corona. Alten- und Pflegeheime sollen besser geschützt werden. Corona-Bonus über 1 Mrd. Euro vorgesehen. Einrichtungsbezogene Impfpflicht ist geplant.

Unter Beteiligung des DEVAP fand in der Kapelle auf dem Johannesstiftsgelände in Bielefeld ein Kapellengespräch zum Thema „Kostenfaktor Pflege“ statt.

443 ▲
01. Dezember

Dezember 2021

Impfpflicht für die Pflege wird beschlossen

Der neue Bundesgesundheitsminister heißt Prof. Dr. Karl Lauterbach. Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal ab 15. März 2022 beschlossen. Ansteckendere Omikron-Variante hält Deutschland in Atem. Appell zum Boostern. Teil-Lockdown nach Weihnachten.

Der DEVAP fordert einen Standard für die digitale Pflegedokumentation in der ambulanten Pflege.

In einer weiteren Mitteilung des DEVAP heiß es: „Die Zeit ist jetzt - Länder müssen bei der Übernahme von Investitionskosten endlich handeln“.

Eine Mehrheit der Deutschen würde für eine gute Pflege höhere Beiträge zur Pflegeversicherung in Kauf nehmen. Das geht aus einer Umfrage der Diakonie Deutschland hervor.

Das Verbändebündnis „Digitalisierung in der Pflege“ trifft Mitglieder des Deutschen Bundestages, um wichtige Akzente für die Pflege zu setzen. Der DEVAP ist mit dabei.

Prof. Dr. Edgar Franke

DEVAP-VKAD-Salongespräch

Kalwitzki bei DEVAP-Personaldialog

7-Tage-Inzidenz / 100.000 Einwohner

259 ▼
05. Januar

1.228 ▲
02. Februar

1.174 ▼
03. März

Höchststand
1.756 ▲
25. März

Januar / Februar 2022

DEVAP für klares Votum bei der Impfpflicht

Claudia Moll, SPD-Bundestagsabgeordnete, ist die neue Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung.

Diakonie Deutschland und DEVAP: Träger und Mitarbeitende mit einrichtungsbezogener Impfpflicht nicht allein lassen. Allgemeine Impflicht gefordert.

DEVAP-Studie: Nicht mal die Hälfte der zusätzlichen Stellen für Pflegefachkräfte gemäß § 8 Abs. 6 SGB XI und Pflegehilfskräfte gemäß § 84 Abs. 9 SGB XI sind besetzt. Personalmangel und Bürokratie als Ursachen. Arbeitsmarkt ist leer.

Anna Leonhardi, Geschäftsführerin des DEVAP, ist auf dem 18. contec forum – Pflege und Vernetzung „vorsichtig optimistisch“, was den Koalitionsvertrag angeht. Es fehle jedoch eine grundlegende Struktur- und Finanzreform.

DEVAP will ein klares Votum für eine allgemeine Impfpflicht statt Bußgelder für die Pflege: „In den Einrichtungen der Altenhilfe haben wir bereits seit längerer Zeit eine hohe Impfquote, die in einigen Bereichen bei über 90 % liegt.“

Bundesverfassungsgericht lehnt Eilantrag zur einrichtungsbezogenen Impflicht ab. Länder wollen unterschiedlich umsetzen. Trotz Handreichung BMG bleiben viele Fragen offen. Bayern wird erst dann umsetzen, wenn sie vollziehbar ist. Auch Sachsen und Sachsen-Anhalt sehen Gesetzeszweck nicht mehr gegeben.

März 2022

DEVAP-VKAD-Salongespräch mit pflegepolitischen Sprechern

Das Salongespräch „Pflegepolitik stellt sich den Fragen der Verbände“ des DEVAP und des VKAD steht im Zeichen eines „Regierungschecks PFLEGE“.

Der zweite digitale DEVAP-Personaldialog zum Thema Personalbemessung nach § 113c SGB XI findet in Hessen und Rheinland-Pfalz statt.

Der DEVAP trifft sich mit dem Pflegepolitischen Sprecher Ates Gürpinar von der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Bundesregierung stellt neues Infektionsschutzgesetz vor. Der DEVAP mahnt vor einem „falschen Signal der Entwarnung“ und fordert, dass der Schutz gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben muss.

Der DEVAP diskutiert mit Prof. Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit, das DEVAP-Strategiepapier „Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025“.

Die Pflegekommission hat sich auf höhere Mindestlöhne für Beschäftigte in der Altenpflege geeinigt. Für den DEVAP ist es ein gutes Signal, dass die Arbeitsbedingungen nach unten abgesichert werden.

Der DEVAP hat ein Forderungspapier mit vier Kernforderungen zur Aufgabenumverteilung in der Pflege veröffentlicht. Ein kompetenzorientierter Qualifikationsmix sei unabdingbar, damit der steigende Pflegebedarf trotz Pflegepersonalmangel künftig gedeckt werden könne.

Pflegebevollmächtigte Claudia Moll

Sebastian Wirth auf der Altenpflegemesse 2022

Tag der Pflegenden 2022

1.586
01. April

April 2022

Pflege ohne Priorität in der Bundespolitik

100 Tage Ampel. Ruhrgebietskonferenz-Pflege fordert Schluss mit der konzeptlosen Geldverschwendung. Ambulante Pflege hat deutliche Versorgungslücken.

Der DEVAP fordert, dass die Anerkennung und das Bleiberecht für internationale Pflegepersonen bundesweit angepasst werden.

Der DEVAP hat „den Eindruck, dass die so dringend notwendigen, umfassenden Reformen in der Pflege nicht prioritär in den zuständigen Bundesministerien behandelt werden“. Der Verband fordert „dringend notwendige Zukunftsentwicklungen zeitnah auf den Weg zu bringen“.

Statistisches Bundesamt. Zahl der Auszubildenden legt trotz Corona zu. 105.000 Auszubildende waren 2021 in einer Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann.

Bundestag will keine allgemeine Impfpflicht. DEVAP: Ein Schlag ins Gesicht für die Pflege. Entscheidung stößt auf Unverständnis.

Der DEVAP ist auf der Altenpflegemesse 2022 mit dem Thema „Aufbruch ins Digitale: Best-Practice-Beispiel Digitale Pflegedokumentation ambulant“ dabei.

640
02. Mai

Mai 2022

#PflegebrauchtAufwind

Dritter digitaler DEVAP-Personaldialog zum Thema Personalbemessung nach § 113c SGB XI in Hamburg.

„Ich pflege wieder, wenn…“. Studie der Hans Böckler Stiftung: 300.000 zusätzliche Pflegekräfte durch Wiedereinstieg in Beruf oder aufgestockte Arbeitszeit möglich. Mehr Personal und verlässliche Arbeitszeiten gewünscht.

Bündnis für „Digitalisierung in der Pflege“ im Gespräch mit der Bundespflegebevollmächtigten Claudia Moll.

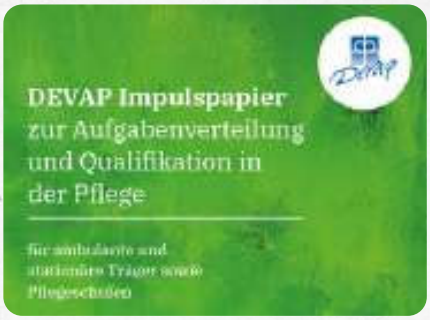
#PflegebrauchtAufwind. Ballon-Aktion. Diakonie Deutschland und DEVAP starten Social Media-Aktion zum Tag der Pflegenden.

Der DEVAP sagt: „Wir müssen endlich über die Pflege reden!“. Auf bundespolitischer Ebene ist es trotz des Hoffnung machenden Koalitionsvertrages um die Pflege still geworden. Das will der DEVAP ändern.

DEVAP-Werkstattgespräch „Aufbruch ins Digitale: Best-Practice-Projekt zur digitalen Pflegedokumentation in der ambulanten Pflege“. Insellösungen helfen.

Bündnis Digitalisierung trifft Bundesgesundheitsminister Lauterbach

DEVAP Befragung 2022



DEVAP Impulspapier veröffentlicht

7-Tage-Inzidenz / 100.000 Einwohner

207 ▼

01. Juni

Juni 2022

DEVAP startet seine Mitgliederbefragung

Der DEVAP startet seine Mitgliederbefragung. Pflege Gehör verschaffen – wir stärken Ihre Stimme im (Ver-)Bund.

ExpertInnenrat der Bundesregierung zu COVID-19. Ohne eine sichtbare Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs kann absehbar von einer nachhaltigen Versorgungskrise im Gesundheitssystem ausgegangen werden.

„Wir brauchen alles, was wir kriegen können“. Prof. Heinz Rothgang auf dem Hauptstadtkongress 2022 zur Personalknappheit in der Pflege.

Der DEVAP hat auf seiner Fachtagung „Qualifikationsmix neu denken“ ein Impulspapier zur Aufgabenverteilung und Qualifikation in der Pflege veröffentlicht.

Bündnis „Digitalisierung in der Pflege“ trifft Bundesminister Karl Lauterbach. Der DEVAP ist mit dabei.

683 ▲

01. Juli

Juli 2022

Vierter DEVAP-Dialog zur Personalbemessung

Vierter digitale DEVAP-Personaldialog zum Thema Personalbemessung nach § 113c SGB XI in Bayern.

Rückmeldungen zur Umsetzung der Tarif-Treue-Regelung. 25% der Pflegeeinrichtungen zahlen schon auf Tarifniveau, der Anteil bei diakonischen Trägern ist schon lange deutlich höher.

DAK Gesundheit. Eigenanteile in der stationären Pflege steigen stark.

DEVAP: „Meckern bis der Arzt kommt. Lauterbach muss Pflegeexpertise endlich einbeziehen“.

Angesichts der Haushaltsberatungen des Bundestages fordert der DEVAP ein klares politisches Signal für eine Pflegereform.

„Klimaschutz in der Altenhilfepflege: Refinanzierung sichern und Pflegebedürftige nicht belasten“, fordert der DEVAP gemeinsam mit dem VKAD.

DEVAP trifft Nicole Westig in Bethel

Uwe Machleit beim DEVAP-Werkstattgespräch

Massive Kostensteigerung für Energie

539 ▼

01. August

August 2022

Hohe Beteiligung an DEVAP Befragung

Die Teilnahme an der DEVAP-Mitgliederbefragung ist erfreulich hoch. Ergebnisse werden auf der DEVAP-Mitgliederversammlung am 18.11.2022 vorgestellt.

Das neue Infektionsschutzgesetz kommt. Es bleibt bei Masken und der Testpflicht in der Pflege. Beauftragte in den Einrichtungen sollen Pandemie bekämpfen.

Eine Länderinitiative will eine finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen. Kostensteigerung von rund 20 Prozent durch die Tarif-Treue-Regelung erwartet.

Auf Einladung des DEVAP besucht die Pflegepolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Nicole Westig, in Bielefeld das Seniorenzentrum Breipohls Hof von Bethel.

Laut einer Studie des dip ist die Berufsverweildauer viel länger als häufig befürchtet.

237 ▼

01. September

September 2022

Kostensteigerungen. Pflege braucht Unterstützung

Der DEVAP fordert eine bundesweite Lösung wegen massiver Preissteigerungen in der Pflege. Energiepreise explodieren.

Tarifliche Bezahlung in der Altenpflege ist nun verpflichtend. Bundesgesundheitsministerium sieht Gehaltssteigerungen um bis zu 30%. Diakonische Einrichtungen zahlen schon lange Tariflöhne. Inflationsrate steigt auf 10%.

Der DEVAP hat zum digitalen DEVAP-Werkstattgespräch „Internationale Ausbildung als eine Strategie zur Sicherung des Pflegefachpersonals“ eingeladen.

Symposium „Pflegepolitik für die Praxis von morgen“. Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff greift nicht. Kulturrevolution in der Pflege fehlt. Wir denken und handeln nach wie vor verrichtungsbezogen.

Zusammen mit dem Bundesverband evangelischer Behindertenhilfe (BeB) appelliert der DEVAP an den Bundesrat: „Keine Testpflicht und Hygienebeauftragte für die Behindertenhilfe und Pflege".

> Die Pandemie hat uns das hohe Schutzbedürfnis der besonders gefährdeten Gruppen vor Augen geführt.

GRUSSWORT
VON PROF. DR. KARL LAUTERBACH,
BUNDESMINISTER FÜR GESUNDHEIT

Reform der Pflege ist eine der großen gesellschaftspolitischen Aufgaben

Eine gute und menschliche pflegerische Versorgung für die Zukunft zu sichern – das ist eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat das in den letzten zweieinhalb Jahren deutlich gemacht. Neben verbesserten Arbeitsbedingungen für die Pflegenden geht es vor allem darum, die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verstärkt zu unterstützen.

Im Koalitionsvertrag ist daher die Langzeitpflege als prioritäres Thema dieser Legislaturperiode verabredet. Und es geht auch um die grundsätzliche Finanzierung des Systems.

Viele Pflegekräfte haben in der Pandemie Außerordentliches geleistet. Für diesen besonderen Einsatz haben wir uns erneut auch mit einer Prämie bedankt. Insgesamt hat die Bundesregierung dafür 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt – die Hälfte davon für die Beschäftigten in Einrichtungen der Alten- und Langzeitpflege. Damit dieser Pflegebonus vollständig bei den Pflegekräften ankommt, gilt eine Steuerbefreiung. Natürlich kann der Bonus der Bundesregierung nicht die Belastungen aufwiegen, die Pflegekräfte erlebt haben. Aber er soll ein deutliches Zeichen der Anerkennung sein! Dabei ist mir wichtig: Wir werden es nicht bei diesem Bonus belassen. Arbeitsbedingungen und Bezahlung von Pflegekräften müssen insgesamt deutlich besser werden. Durch die Erhöhung des Pflegemindestlohns und die ab September 2022 wirksamen Regelungen zur tarifgerechten Entlohnung sind – auch in nichttarifgebundenen – Pflegeeinrichtungen weitere Verbesserungen auf dem Weg bzw. umgesetzt. Dies führt insgesamt zu spürbaren Lohnsteigerungen – denn Pflegekräfte verdienen mehr.

Auch bei der Personalausstattung werden wir handeln. Denn wenn die Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird und mehr Zeit für die Pflege bleibt, wird das die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte spürbar verbessern. Deshalb streben wir einen beschleunigten Ausbau des Personalbemessungsverfahrens in der stationären Langzeitpflege an. Erste Umsetzungsschritte gab es bereits. Eine Voraussetzung dafür ist natürlich, dass Arbeits- und Ausbildungsmarkt den notwendigen Personalbedarf decken. Daher bleibt es wichtig, dass alle Beteiligten konsequent umsetzen, was in der „Konzertierten Aktion Pflege“ vereinbart worden ist. Als Bundesregierung möchten wir diesen Prozess weiter beschleunigen, indem wir eine Vielzahl von Maßnahmen unterstützen, wie zum Beispiel die Steuerbefreiung von Zuschlägen, die Abschaffung geteilter Dienste, die Einführung trägereigener Springerpools und einen Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeiten für Menschen mit betreuungspflichtigen Kindern. Auch die Erweiterung von pflegerischen Aufgaben durch heilkundliche Tätigkeiten werden wir fortführen. Gleichzeitig müssen wir die faire Anwerbung von Pflegekräften aus dem nicht-europäischen Ausland verstärken und die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse erleichtern.

Auch die Digitalisierung birgt großes Potential, um Pflegekräfte zu entlasten. Das Bundesministerium für Gesundheit bereitet derzeit die im Koalitionsvertrag vorgesehene Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen und in der Pflege vor. Bereits verankerte Regelungen werden umgesetzt, etwa die vollelektronische Abrechnung im ambulanten Bereich, die den Beschäftigten in den Pflegediensten hohen bürokratischen Aufwand ersparen wird.

Stärken möchten wir zudem die häusliche Pflege durch Angehörige – als zentrale Säule der pflegerischen Versorgung in Deutschland. Um die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zu entlasten, wollen wir das Pflegegeld erhöhen. Und wir müssen prüfen, wie wir diese Leistung künftig regelmäßig in ihrer Höhe anpassen. Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sollen unbürokratischer werden, indem sie zu einem transparenten und flexiblen Entlastungsbudget mit Nachweispflicht zusammengefasst werden. So können pflegende Angehörige diese Leistungen flexibler und nach Bedarf einsetzen. Das entlastet die Angehörigen. Und es stärkt die häusliche Pflege insgesamt.

Außerdem wollen wir den inhaltlichen und strukturellen Besonderheiten der Kurzzeitpflege ein besonderes Augenmerk widmen. Dabei geht es etwa um die von der Pflegeselbstverwaltung empfohlene Vereinbarung wirtschaftlich tragfähiger Vergütungen in der Kurzzeitpflege, die wir begleiten und zeitnah evaluieren. Der Koalitionsvertrag sieht auch vor, die pflegebedingten Eigenanteile in der vollstationären Pflege weiter zu begrenzen und planbar zu machen. Hierfür wollen wir die Ausbildungskostenumlage aus den Eigenanteilen herausnehmen und künftig aus Mitteln der Pflegeversicherung finanzieren.

Zugleich steht das Langzeitpflegesystem bereits in diesem Jahr unter erheblichem finanziellen Druck. Die Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie haben sich bewährt und entscheidend dazu beigetragen, die pflegerische Versorgung sicherzustellen. Mehrere Sonderregelungen haben den Pflegeeinrichtungen durch die Pandemie entstandene Mehrkosten und Mindereinnahmen sowie die Kosten für die notwendigen Corona-Tests ausgeglichen. Die Leistungverbesserungen, die wir als Koalition vereinbart haben, aber auch die weiter wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen, werden zu weiterem Finanzierungsbedarf führen. Daher ist es gut, dass der Koalitionsvertrag auch verschiedene Finanzierungsinstrumente benennt, über die nun beraten und entschieden werden muss.

Die Reform der Pflege ist eine der großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre. Die Pandemie hat uns das hohe Schutzbedürfnis der besonders gefährdeten Gruppen vor Augen geführt. Um diesen Schutz zu gewährleisten, bleibt es wichtig, dass alle Beteiligten gemeinsam an den Verbesserungen für die Pflege arbeiten. Und wir sollten gemeinsam weiter alles dafür tun, dass Pflege auch die Anerkennung in der Gesellschaft zuteilwird, die sie verdient. Danke für Ihre Unterstützung bei diesen Aufgaben!

„Daher bleibt es wichtig, dass alle Beteiligten konsequent umsetzen, was in der „Konzertierten Aktion Pflege“ vereinbart worden ist.

> Wir wollen uns auf Augenhöhe begegnen.

INTERVIEW

DEVAP fordert Einbeziehung der Pflege

Pflege muss mitbestimmen dürfen

Die letzten Jahre haben eines deutlich gezeigt: Die Pflege muss (ein neues) Selbstbewusstsein entwickeln. Im Interview mit dem Vorsitzenden des DEVAP, Herrn Wilfried Wesemann, gehen wir dem nach und auch der Frage, warum der Koalitionsvertrag auf Bundesebene viel enthält und doch so viel für die Pflege offenlässt.

DEVAP: Herr Wesemann, wann wird die Pflege endlich politisch ernstgenommen?

Wilfried Wesemann: Wir erleben aktuell wieder einmal eine Verantwortungsverweigerung der Bundesregierung, die richtigen Dinge zur richtigen Zeit und mit den richtigen Mitteln anzugehen. Der Politik fehlt die Strategie in der Corona-Pandemie. Der Schutz der vulnerablen Gruppen wird wieder auf Pflegeeinrichtungen, das Pflegepersonal, Bewohner:innen sowie deren Angehörige verlagert. Die dadurch entstehenden Kosten müssen die Träger nun selbst finanzieren.

DEVAP: Was schließen Sie daraus?

Wilfried Wesemann: Dass die Pflege erneut nicht in wichtige Entscheidungsprozesse einbezogen wurde und im Übrigen weiterhin unter Generalverdacht gestellt wird. Dies muss endlich ein Ende haben. Wir wollen uns auf Augenhöhe begegnen und auch im Hinblick auf die dringend notwendige Weiterentwicklung der Pflegeversicherung gemeinsam zukunftsfeste Strategien mit dem Bundesgesundheitsminister Lauterbach initiieren.

DEVAP: Das gilt jedoch nicht nur für diese Ebene des Einbezugs.

Wilfried Wesemann: Die Liste der Nicht-Beteiligung der Pflege und ihrer Institutionen in Regierungs- und Expertenkommissionen sowie in vielen anderen Gremien, die über uns entscheiden, ist lang. Ich nehme jetzt nur einmal den Gemeinsamen Bundesausschuss. Von „gemeinsam“ kann keine Rede sein. Wir werden angehört, dürfen unsere Stellungnahmen abgeben. Dann wird jedoch die Tür geschlossen. Denn mit beschließen darf die Pflege hier und an vielen anderen wichtigen Stellen nicht. Das ist ein Skandal, der endlich beendet werden muss.

DEVAP: Laut Koalitionsvertrag scheint der Gesetzgeber dafür bereit zu sein. Reicht das?

Wilfried Wesemann: Der Profession Pflege sollen im Gemeinsamen Bundesausschuss mehr Rechte eingeräumt werden. Das reicht jedoch nicht. Warum kann es nicht einen Gemeinsamen Bundesausschuss Pflege geben? Es gibt viele Lösungsmöglichkeiten weit über diesen Ausschuss hinweg. Fakt ist jedoch, dass die Pflege es wert ist, dass sie mitbestimmen darf.

DEVAP: Die Seite der Pflege ist jedoch in ihren Organisationen stark zersplittert. Da sind die Ärzte und Kassen besser aufgestellt und somit auch mächtiger. Sie sprechen häufig mit „einer Stimme“. Wie wichtig ist ein Zusammenschluss?

Wilfried Wesemann: Deutschland braucht eine einheitliche Vertretung der Pflege. Das ist aber enorm schwierig. Auf der Seite der Wohlfahrt haben wir mit der BAGFW eine solche Vertretung. Sich zusammenzuschließen ist dabei nur die eine Seite der Medaille. Wir müssen auch gehört werden.

> Fakt ist jedoch, dass die Pflege es wert ist, dass sie mitbestimmen darf.

DEVAP: Greift der Koalitionsvertrag auf Bundesebene die richtigen Themen auf?

Wilfried Wesemann: Wie muss die Pflege neu strukturiert werden, damit wir nicht noch stärker in den Personalnotstand hinein geraten? Wie viel können die uns anvertrauten Hilfebedürftigen noch finanziell selbst tragen? Warum werden die Kommunen nicht gestärkt? Allein diese drei Themen sollten uns alle jeden Tag beschäftigen. Im Vertrag selbst stehen viele interessante Punkte hierzu, aber es bleibt ein Stückwerk mit Mini-Reformen, die nicht angegangen werden.

DEVAP: Es ist politisch still um die Pflege geworden. Wie viel von dieser Stille können wir uns noch leisten?

Wilfried Wesemann: Keine einzige Minute. Mit Blick auf die drängenden finanziellen, strukturellen und personellen Probleme ist die andauernde politische Stille unerträglich. Sie lähmt. Von der hoffnungsvollen Aufbruchsstimmung Ende des letzten Jahres ist nicht mehr viel geblieben. Die Umsetzung der die Pflege betreffenden Themen aus dem Koalitionsvertrag geht nicht voran.

DEVAP: Und dabei liegen ausgearbeitete Lösungen auf dem Tisch.

Wilfried Wesemann: Wir haben kein Erkenntnisproblem. Wir brauchen einen Masterplan Pflege. Das "DEVAP Strategiepapier Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025" zeigt klare Lösungsmöglichkeiten und eine legislaturübergreifende fundierte Roadmap für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung auf. Unser Ziel ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Politik kennt unsere Vorschläge aus zahlreichen intensiven Gesprächen mit uns und ist nun gefordert umzusetzen.

> Mit Blick auf die drängenden finanziellen, strukturellen und personellen Probleme ist die andauernde politische Stille unerträglich.

MEINUNGSBILD

Die Pflege muss mit am Tisch sitzen

Anna Leonhardi zur Bedeutung von Pflege und Diakonie

*AUTORIN · **Anna Leonhardi***

> Als kompetenter Ansprechpartner ist es wichtiger denn je, unseren Platz an den Tischen der Entscheiderkreise selbstbewusst einzufordern.

Unsere Aufgabe als DEVAP ist es, die Träger der evangelischen Altenarbeit und Pflege zu fördern und für das Wohl und die Rechte alter und pflegebedürftiger Menschen einzutreten. Wir nehmen diese gesellschaftliche Verantwortung sehr ernst. Das müssen wir auch, denn die Verbände der Pflege, wie auch die Profession Pflege inklusive der Pflegewissenschaft, sitzen im politischen Berlin weitgehend nicht mit an dem Tisch, an welchem die Entscheidungen mit großer Tragweite für die Pflege getroffen werden.

> Wir werden nicht müde anzumahnen, dass Pflege mit am Tisch sitzen muss, wenn über pflegerelevante Themen entschieden wird.

© Foto: DBVAP

Wir werden nicht müde anzumahnen, dass Pflege mit am Tisch sitzen muss, wenn über pflegerelevante Themen entschieden wird. Sinnbild hierfür ist auch der aktuelle Koalitionsvertrag. So ist der Begriff „Kirche“ lediglich sieben Mal erwähnt. Das stellt die Frage der politischen und gesellschaftlichen Wertigkeit von Kirche, Diakonie und diakonischer Arbeit. Es entsteht eine besorgniserregende Schieflage, wenn auf der einen Seite von Trägervielfalt und auf der anderen Seite eine entscheidende Säule, nämlich die der kirchlichen Einrichtungen, so wenig zu Wort kommt und beteiligt wird.

Ohne „UNS“ in aller Vielfalt geht es aber nicht. Dies zu verstehen und vor allem partizipativ umzusetzen, scheinen sich insbesondere die Politik wie aber auch viele Verbände, Kammern und Institutionen außerhalb der Pflege enorm schwer zu tun. Statusdenken und mangelndes Vertrauen in unsere hervorragende Arbeit prägen nach wie vor den Pflege- und Gesundheitsbereich. Wir treten dafür ein, dass vom Menschen her gedacht wird, der unsere Hilfe benötigt. Vielfach muss, gerade in diesen besonderen Zeiten, dieser Fokus noch weiter geschärft werden.

Hier wird es entscheidend darauf ankommen, mit den beteiligten Akteuren, wie der Politik und der Selbstverwaltung, in einen Dialog auf ECHTER Augenhöhe zu treten. Die Pflege - verstanden als die Gesamtheit der hier tätigen Verbände, Kammern, Institutionen einschließlich der Wissenschaft - muss ein neues Selbstbewusstsein und eine gemeinsame Sprache entwickeln.

Als kompetenter Ansprechpartner ist es wichtiger denn je, unseren Platz an den Tischen der Entscheiderkreise selbstbewusst einzufordern. Wer, wenn nicht wir, weiß wie unsere Arbeit funktioniert? An den Tischen der Politik ist diese Kompetenz dringend erforderlich, um praxistaugliche und für die Pflege tragfähige Entscheidungen zu treffen.

Nächstes Jahr begehen wir das Jubiläum „175 Jahre Diakonie“. Damals wie heute sind wir in Zeiten des Umbruchs, der drohenden Spaltung der Gesellschaft und in Verantwortung der uns anvertrauten Menschen gefragt, im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zukunftsfähige Antworten mitzugestalten. Mitgestaltung benötigt jedoch Beteiligung gepaart mit Entscheidungsbefugnissen in allen Bereichen, in denen es um soziale Arbeit und pflegerische Kompetenz geht. Dies fordern wir heute und in Zukunft ein!

> Damals wie heute sind wir in Zeiten des Umbruchs, der drohenden Spaltung der Gesellschaft und in Verantwortung der uns anvertrauten Menschen gefragt, im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zukunftsfähige Antworten mitzugestalten.

STATEMENTS

Nachgefragt: Politik, Verbände und Wissenschaft antworten

Wie schaffen wir mehr Wahrnehmung, mehr Wertschätzung für die Pflege? Wie schaffen wir, dass wir mitentscheiden können, wenn es um unsere Belange geht?

Der DEVAP hat nachgefragt. Bei der Politik, bei Verbänden, Institutionen und der Wissenschaft: Was muss sich für die Pflege als erstes ändern? Was werden Sie dazu beitragen, dass die Pflege und deren Verbände bei den für sie wichtigen Themen nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden dürfen? Wie schaffen wir es, dass die Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird? Warum ist es wichtig, dass Kirche, Altenarbeit und Pflege in einem genannt werden? Was erwarten Sie von einem Fachverband wie dem DEVAP?

© Foto: Susie Knoll

HEIKE BAEHRENS, MdB

ist die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

© Foto: Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, S. Kaminski

KORDULA SCHULZ-ASCHE, MdB

ist Expertin für Pflege in der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

© Foto: Laurence Chaperon

NICOLE WESTIG, MdB

ist pflegepolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Obfrau im Gesundheitsausschuss

© Foto: Fraktion DIE LINKE/Krostitz

ATES GÜRPINAR, MdB

ist Sprecher für Krankenhaus- und Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

© Foto: Irlstorfer

ERICH IRLSTORFER, MdB

ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und Berichterstatter der Union für die Pflege, Pflegeberufe sowie die Qualität in der Pflege

© Foto: iStock.com / sutichak

© Foto: Diakonie / Thomas Meyer

ULRICH LILIE

ist der Präsident der Diakonie Deutschland

© Foto: DEVAP

WILFRIED WESEMANN

ist Vorstandsvorsitzender des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP)

© Foto: DEVAP

ANNA LEONHARDI

ist Geschäftsführerin des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP)

© Foto: Reiner Freese

CHRISTINE VOGLER

ist Präsidentin des Deutschen Pflegerats und Geschäftsführerin des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe gGmbH

© Foto: VKAD

EVA-MARIA GÜTHOFF

ist Vorsitzende des Verbandes katholischer Altenhilfe in Deutschland e. V. (VKAD)

© Foto: Fotoatelier Ralf Bauer, Köln

PROF. DR. MICHAEL ISFORT

ist Stellv. Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstands des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e. V. (dip)

© Foto: bpa/ Arne Reinert

BERND MEURER

ist Präsident des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) und Betreiber dreier Pflegeheime

© Foto: DLT

DR. IRENE VORHOLZ

ist Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistages

Was muss sich für die Pflege als erstes ändern?

HEIKE BAEHRENS, MdB

Die Arbeitsbedingungen müssen dringend weiter verbessert werden, um mehr Menschen für diese wichtigen Berufe zu begeistern und die zurückzugewinnen, die der Pflege den Rücken gekehrt haben. Deswegen setzen wir uns für bessere Personalschlüssel, gute Tarifbezahlung, eine moderne Ausbildung, die Aufwertung der Profession durch Heilkundeübertragung und mehr Mitbestimmung bei der Arbeitszeitgestaltung ein.

KORDULA SCHULZ-ASCHE, MdB

Wir stehen in der professionellen Pflege und der Unterstützung Pflegebedürftiger vor massiven Herausforderungen. Der demografische Wandel mit zunehmendem Fachkräftemangel in allen Branchen bei steigender Nachfrage nach Pflege erfordert dringend Reformen. Wesentlich sind z.B. ganzheitliche und verzahnte Angebote vor Ort für Pflegebedürftige und ihre Familien, unterstützt von Fachpflege wie Gemeindepflege und zukünftig Community Health Nurses sowie gute Assistenz.

ATES GÜRPINAR, MdB

Schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Eigenanteile, alleingelassene Angehörige - die Probleme in der Pflege sind vielfältig und teuer. Deshalb ist es notwendig, dass zuerst die Finanzierung umgekrempelt wird. Wenn alle solidarisch Beiträge zahlen, auch auf Vermögen und Renditen, können wir die Pflege verbessern.

NICOLE WESTIG, MdB

Wir müssen so schnell wie möglich die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern, um Pflegende in ihrem Beruf zu halten und mehr Menschen für die Pflege zu gewinnen. Der Arbeitsverdichtung müssen wir mit klugen Digitalisierungsstrategien entgegenwirken, wie sie auch vom DEVAP mitentwickelt worden sind. Die Pflegeausbildung muss attraktiver werden, um mehr junge Menschen für diese Ausbildung zu begeistern. Da wir insbesondere eine hohe Anzahl an Pflegefachassistenten benötigen, brauchen wir endlich bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für die Pflegeassistenz-Ausbildung.

ERICH IRLSTORFER, MdB

Es braucht eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Entlastung, um den Teufelskreis zu durchbrechen und Personal zu halten bzw. neues zu gewinnen. Dazu gehört die Digitalisierung von Dokumentationsprozessen, die verstärkte Akquise ausländischer Kräfte und die Implementierung regelmäßiger Erholungsangebote für Beschäftigte.

ULRICH LILIE

Die Arbeitsbedingungen. Da dies nur mit mehr Personal möglich ist, müssen wir uns in zwei Richtungen strecken: Wir müssen mehr Menschen für die professionelle Pflege gewinnen und für die damit verbundenen steigenden Kosten öffentlich eintreten und sie zumutbar aufteilen.

WILFRIED WESEMANN

Alles was den Pflegenotstand und die massive Kostensteigerung für die Pflegebedürftigen verhindert, muss sofort getan werden. Mehr Personal durch bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, eine gute Bezahlung und ein sinnvoller Qualifikationsmix der Pflege. Die Eigenanteile, ambulant und stationär, müssen festgeschrieben werden. Keine Belastung der Pflegebedürftigen durch Investitions- und Ausbildungskosten. Sektorengrenzen müssen abgebaut und die Kommunen gestärkt werden. Die Regelungen im aktuellen Infektionsgesetz sind aus fachlicher Sicht Murks; bei solchen Entscheidungen muss die Pflegeexpertise viel stärker berücksichtigt werden. Die Finanzreform der Pflegeversicherung duldet keinen Aufschub. Wir brauchen einen Ruck und mehr Mut.

ANNA LEONHARDI

Wir brauchen endlich eine legislaturübergreifende „Roadmap für die Pflege“. Diese muss ALLE notwendigen Maßnahmen für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung berücksichtigen und als Zeitschiene für deren vollständige Umsetzung dienen. Dafür brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und mutige Entscheider, die sich gemeinsam auf den Weg machen. Der DEVAP versteht sich als Teil dieser Bewegung und bringt sich weiterhin aktiv in die Diskussion und Umsetzung ein.

CHRISTINE VOGLER

Leider gibt es kein „erstes“ mehr. Die Situation ist so schwierig geworden, dass nur noch viele Maßnahmen helfen werden – Arbeitsentlastung, gerechte und gute Löhne, gleichberechtigte Betrachtung der Arbeitsfelder von Pflege, Heilkundeübertragung. Pflegenden müssen umfängliche Handlungskompetenzen bei entsprechenden Bildungsabschlüssen zugebilligt werden.

EVA-MARIA GÜTHOFF

Den dringendsten Handlungsbedarf sehen die Träger der Einrichtungen in der Personalbeschaffung, aktuell handeln die Leitungen hauptsächlich reaktiv in dem Füllen täglicher Personallücken. Die Rahmenbedingungen für flexiblen Personalmix und effizienten Personaleinsatz sind mit dem § 113c SGB XI geschaffen worden und müssen eilig umgesetzt werden.

PROF. DR. MICHAEL ISFORT

Pflege muss viel stärker organisiert auftreten, für ihre Rechte streiten, streiken, sich einmischen. Geld alleine löst die Probleme nicht. Wir brauchen neue Konzepte, eine bessere Vernetzung und Steuerung der Leistungen. Das muss in den Kommunen anfangen und auch auf die Gesellschaft bauen. Benötigt wird eine bundesspolitische Pflege-Agenda. Strukturen müssen hinterfragt werden. Wir müssen für die Übernahme der Verantswortung werben.

BERND MEURER

Bis zum Jahr 2030 werden etwa 200.000 Pflegefach- und Hilfskräfte fehlen. Es ist also die erste und wichtigste Herausforderung, genügend Mitarbeitende zu finden. Dafür sind niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten und ausreichende Schulkapazitäten ebenso wichtig wie eine engagierte Anwerbung und schnelle Anerkennung internationaler Kräfte.

DR. IRENE VORHOLZ

Angesichts der weiter steigenden Heimentgelte und der bevorstehenden Verbesserungen beim Personal müssen viele Heimbewohner und im Falle ihrer Bedürftigkeit die Sozialhilfe zusätzliche Belastungen tragen. Es bedarf weiterer Verbesserungen in der Pflegeversicherung. Vor allem muss die häusliche Pflege mehr im Fokus stehen. Damit weiterhin 80 % der Pflegebedürfigen durch Angehörige und ambulante Dienste betreut werden, bedarf es einer deutlichen Stärkung der Pflege und Betreuung zu Hause.

Kirche, Altenarbeit & Pflege gehören zusammen. Warum ist dies so wichtig?

HEIKE BAEHRENS, MdB

Gerade Kirchengemeinden können sich als sorgende Gemeinschaften erweisen und ganz wesentlich dazu beitragen, dass pflegebedürftige Menschen nicht vereinsamen und pflegende Angehörige nicht überfordert werden. Eine lebendige Altenarbeit kann dafür ein guter Sensor sein und gleichzeitig über die vielen Unterstützungsmöglichkeiten, die es gibt, informieren. Diakonie und Caritas bleiben wichtige Stützpfeiler unseres Sozialstaats und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwohl.

KORDULA SCHULZ-ASCHE, MdB

Kirchliche, gemeinnützige Träger sorgen in vielen sozialen Bereichen für notwendige Angebote, die zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. Dies gilt gerade auch für Pflegeeinrichtungen und die Altenarbeit. In Zeiten zunehmender Privatisierung ist das gemeinnützige Engagement ein hohes und schützenswertes Gut.

NICOLE WESTIG, MdB

Kirchliche Angebote in diesem Bereich sind nicht wegzudenken und eine tragende Säule des Systems. Besonders auf kommunaler Ebene helfen sie dabei, bedarfsgerechte Versorgungsangebote bereitzustellen. Als Orte der Begegnung helfen sie, Menschen zusammenzubringen und erfüllen zudem eine seelsorgerische Funktion.

ERICH IRLSTORFER, MdB

Der demographische Wandel ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Umso wichtiger ist es, dass die Kirche in der Pflege und Seelsorge einen hohen Stellenwert einnimmt. Das christliche Menschenbild sieht vor, dass alle Menschen würdig versorgt und gepflegt werden. Hier tragen die Kirchen eine besondere Verantwortung.

ATES GÜRPINAR, MdB

Eine Pflege ohne freigemeinnützige Träger ist nicht denkbar. Freigemeinnützige Träger sichern die Unabhängigkeit in Pflege und Altenarbeit. Sie stellen die beteiligten Menschen in den Mittelpunkt und betrachten diese nicht als Kostenfaktor.

ULRICH LILIE

Im Dritten Lebensalter tragen viele Menschen die Arbeit der Gemeinden sehr engagiert mit. Mit ihrer Lebenserfahrung und freiwilligem Engagement tragen sie viel zur Lebensqualität der noch Älteren, aber auch von vielen Jungen, bei. Wichtig ist eine Verknüpfung der Lebenswelt mit unterstützender professionellen Pflege.

WILFRIED WESEMANN

Unsere christlichen Werte als Diakonie haben sich über Jahrhunderte hinweg bewährt. Sie werden aktiv gelebt und stellen immer den Menschen in den Mittelpunkt. Das zeichnet uns aus und ist insbesondere in der Pflege ein deutliches Zeichen. Auf dieser Grundlage tragen wir dazu bei, dass eine würdevolle Altenarbeit und Pflege möglich sind.

ANNA LEONHARDI

Die gemeinsame Stärke von Kirche und Diakonie ist Gemeinschaft. Gesamtgesellschaftlich, generations- und legislaturübergreifend ist die Pflege eine zentrale Aufgabe dieser Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang hat die Würde des Menschen im Alter auch mit dem Risiko der Altersarmut Pflege zu tun. Dieses Risiko kalkulierbar zu machen, ist wichtig für ein würdevolles Leben bis zum Ende. Hierfür setzt sich der DEVAP auf Bundesebene aktiv ein.

CHRISTINE VOGLER

Es gibt viele alte Menschen in unserem Land. Viele von ihnen nehmen Verantwortung in den Gemeinden ein. Die Verbundenheit im Alter erlebe ich oft stärker als bei Jüngeren. Eine gute Altenarbeit greift Bedarfe und Lebenswelten der Menschen auf, gibt ihnen eine Stimme und fordert zugleich Bedarfe ein. Und dazu gehört auch Pflege.

EVA-MARIA GÜTHOFF

Die christlichen Einrichtungen der Langzeitpflege realisieren in ihrem Tun den christlichen Sendungsauftrag und bieten für die dort lebenden Menschen einen Lebensraum, der ihre christliche Glaubenspraxis bis hin zur letzten Lebensphase ausdrücklich unterstützt. Als Orte für Gottesdienste sind sie ebenso Ausdruck kirchlichen Gemeindelebens.

PROF. DR. MICHAEL ISFORT

Kirche, Altenarbeit und Pflege zusammen zu denken, heißt, sich der Verantwortung gegenüber Hilfsbedürftigen und Schutzbedürftigen bewusst zu sein und dies als Aufgabe zu sehen und nicht als Bürde. Es geht eben nicht nur um Rendite, Investments und Abschreibungen. Verantwortung zu übernehmen, sie zu tragen verweist auf die Mühen, die dahinterstehen. Wir brauchen Organisationen, die sich einem Werteverständnisses verschrieben haben.

BERND MEURER

Wenn „die Kirche“ diesen Anspruch für sich erhebt und sich daran messen lassen möchte, ist das zu begrüßen. Entscheidend für die älteren und die pflegebedürftigen Menschen dürfte sein, dass der Sozialstaat ihnen einen Rechtsanspruch auf die Leistungen der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe gewährt und die Betroffenen eine Wahlfreiheit bei der Auswahl des für sie maßgeschneiderten Leistungserbringers haben. Also: Kirchen, Kommunen, Freigemeinnützige und Private garantieren gemeinsam die Versorgung. Pflege und Wahlfreiheit - das gehört zusammen.

DR. IRENE VORHOLZ

Weil Pflege mehr ist als Pflegeversicherung. Ohne die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements werden Unterstützungsleistungen für ältere und alte Menschen auf Dauer nicht möglich und nicht finanzierbar sein.

Was werden Sie dazu beitragen, dass die Pflege und deren Verbände bei den für sie wichtigen Themen nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden dürfen?

HEIKE BAEHRENS, MdB

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege werden bei Gesetzgebungsverfahren als Experten einbezogen und wir PflegepolitikerInnen stehen mit ihnen regelmäßig im Dialog. Zusätzlich wollen wir endlich den Deutschen Pflegerat als Stimme der Pflege im G-BA und in anderen Gremien der Selbstverwaltung stärken. Der erste Erfolg: Wir stellen ihm ab 2022 für seine Arbeit eine jährliche Förderung zur Verfügung.

NICOLE WESTIG, MdB

Es kann nicht sein, dass der Deutsche Bundestag Entscheidungen über die Pflege trifft, ohne dass die Pflege selbst sich angemessen einbringen kann. Deshalb wollen wir die pflegerische Selbstverwaltung stärken. Das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, den Deutschen Pflegerat dafür auch finanziell zu unterstützen, befindet sich gerade in der Umsetzung.

KORDULA SCHULZ-ASCH, MdBE

Die großen Träger und Verbände in der Pflege sind für uns seit jeher wichtige Ansprechpartner in beratenden Gremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und werden das auch weiterhin sein. Die Mitsprache der Pflege, insbesondere in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens, stärken wir insgesamt, indem wir den Deutschen Pflegerat substanziell institutionell fördern.

ERICH IRLSTORFER, MdB

Es bringt nichts, ausschließlich über die Pflege zu sprechen. Alle Beteiligten des „System Pflege“ müssen (an) gehört werden. Dazu zählen auch die Verbände sowie Mitglieder – vom Unternehmen, zur Selbstständigen bis hin zum Pfleger. Die Politik muss mehr mit der Pflege sprechen, um praxisnahe Entscheidungen treffen zu können.

ATES GÜRPINAR, MdB

In allen Versorgungsfragen sollten Pflegende und zu Pflegende eine starke Stimme bekommen und in den entscheidenden Gremien beteiligt sein. Dafür unterstützen wir eine transparente Selbstverwaltung in der Pflege im Sinne der Betroffenen und nicht der Leistungserbringer und Kostenträger.

Wie schaffen wir es, dass die Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird?

ULRICH LILIE

Wir müssen in den Kommunen über die Herausforderungen und die Chancen des demografischen Wandels sprechen und den notwendigen sektorenübergreifenden Umbau der Altenhife-Infrastruktur ins öffentliche Bewusstsein holen. Älter werdende Menschen möchten ein gutes und langes Leben führen und in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Dafür müssen wir Lösungen finden.

CHRISTINE VOGLER

Indem wir die Gesellschaft in die Diskussionen mit einbinden und Pflege normales Thema wird. Hierzu gehören: Gesundheit und Demokratie als Schulfächer ab der ersten Klasse, Gesundheits- und Pflegeinformationen über die öffentlich-rechtlichen Medien, transparente Darstellung der Kosten im Gesundheitswesen für die Bürger*innen – nur um einige Beispiele zu nennen.

WILFRIED WESEMANN

Pflege wird dann wahrgenommen, wenn sie spürbar im Bewusstsein von uns allen ist. Wir müssen deutlicher zeigen, was eine Gesellschaft ohne Pflege wert ist – und was sie mit Pflege bewirken kann. Denn ein Verlust wird erst dann spürbar, wenn etwas, wenn jemand fehlt. Dieses konkrete Gefühl, dieser Schmerz, aber auch die Freude bei Pflege, muss auf allen Ebenen und in allen Gesellschaftsschichten deutlich werden. Wir müssen Pflege menschlich erfahrbar machen.

EVA-MARIA GÜTHOFF

Ein Konsens zur Aufgabenverteilung wie z.B. derzeit beim Klimawandel ist sicherlich sofort nicht erreichbar, er muss für die Pflege aber das Ziel bleiben. Mit der Konzeption der Pflegeversicherung als Teilleistungssystem ist für die Pflege eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung zugrunde gelegt. Darauf müssen wir als Verbände immer wieder hinweisen.

ANNA LEONHARDI

Der Koalitionsvertrag 2021-2025 ist ein gutes Beispiel dafür, weshalb die Pflege immer noch nicht im Bewusstsein aller angekommen ist: Die Pläne der Ampel-Regierung enthalten nur Teillösungen, aber geben keine Antwort auf die zentrale Herausforderung, auch in Zukunft die flächendeckende Verfügbarkeit von Pflegeleistungen zu sichern. Es fehlt eine grundlegende Strukturreform in der Pflege, welche die gesamte Gesellschaft einbindet.

PROF. DR. MICHAEL ISFORT

Die Vielschichtigkeit der Problemlagen in der Pflege ist bekannt und wird von der Bevölkerung auch verstanden. Das gesellschaftliche Bewusstsein bezüglich des Wertes der Pflegearbeit ist vorhanden. Davon zu unterscheiden ist, ob sich die Politik der Aufgabe der Sicherstellung der pflegerischen Versorgung tatsächlich und mit aller Ernsthaftigkeit widmet. Hier sehe ich noch Luft nach oben.

>>

Was erwarten Sie von einem Fachverband wie dem DEVAP?

BERND MEURER

Die Pflege ist mehr denn je in der öffentlichen Wahrnehmung und sie betrifft fast alle Menschen. Politik und Gesellschaft müssen jetzt die Frage beantworten, was ihnen die Pflege wert ist. Nur mit Wertschätzung, verlässlichen Rahmenbedingungen und einer zukunftssicheren Finanzierung kann die pflegerische Versorgung auch in der Zukunft gesichert werden.

DR. IRENE VORHOLZ

Das SGB XI bestimmt Pflege heute schon zur „gesamtgesellschaftlichen Aufgabe“. Die Folge ist schnell eine „organisierte Unverantwortlichkeit“: Jeder zeigt auf den andern. Wichtig ist eine klare Verantwortung. Die Pflegekassen z.B. müssen ihren Sicherstellungsauftrag so erfüllen, dass Pflege auch im kleinsten Dorf erbracht wird. Die Kommunen gestalten den Sozialraum. Hier muss der Gesetzgeber die Kreispflegeplanung wirkmächtiger machen. Und auch die Bürger müssen sich überlegen, wie im Alter ihre Pflege sichergestellt werden kann.

KORDULA SCHULZ-ASCHE, MdB

Fachverbände sind nicht nur in ihrer Rolle als Träger von sozialen Einrichtungen für die Gesellschaft von Bedeutung, sondern geben der Politik auch wichtige Erkenntnisse aus der Praxis weiter. Ohne diese kann keine praxistaugliche Politik für die Menschen stattfinden. Wir setzen weiter auf guten Austausch und Zusammenarbeit.

HEIKE BAEHRENS, MdB

Für uns PolitikerInnen sind Fachverbände eine wichtige Brücke zu den Sorgen und Nöten im Alltag der Betroffenen, aber auch zu Ideen und Lösungsvorschlägen aus der Praxis. In diesem Sinne ist ein Fachverband wie der DEVAP eine starke Stimme für seine Mitglieder und wichtiger Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Altenarbeit und Pflege. Weiter so!

ATES GÜRPINAR, MdB

Ich wünsche mir, dass der DEVAP parteiisch im Sinne der Menschen in der Pflege unbequem bleibt. Ohne streitbare Kämpfer für gute Pflege reduziert die verantwortliche Politik diese in eine kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnung und übersieht dabei, dass vorausschauende Pflegepolitik nicht nur moralisch geboten ist, sondern langfristig Kosten spart.

NICOLE WESTIG, MdB

Der Austausch mit Fachverbänden wie dem DEVAP ist essentiell für meine politische Arbeit. Dabei ist mir gerade auch die konstruktive Kritik sehr willkommen. Nur so können wir besser werden und die politischen Weichen für eine optimale pflegerische Versorgung stellen. Die Impulse aus der Praxis sind für mich unverzichtbar.

ERICH IRLSTORFER, MdB

Den DEVAP kenne und schätze ich nun schon seit vielen Jahren. Mir ist der fachliche aber auch persönliche Austausch besonders wichtig. Aus meiner Sicht müssen Verbände einen guten Kontakt zu ihren Mitgliedern halten, um erfolgreich politische Botschaften zu transportieren und Einfluss ausüben zu können.

ULRICH LILIE

Engagierte Netzwerkarbeit. Diakonische Arbeit lebt von der Vernetzung von Trägern und Fachkompetenz auch mit Öffentlichkeit und Politik, wie sie der DEVAP seit fast einhundert Jahren leistet. Angesichts der dramatischen Veränderungen kommt es jetzt erst recht auf vernetztes Denken und gut abgestimmtes Handeln an – innerhalb der Diakonie Deutschland und darüber hinaus.

ANNA LEONHARDI

Der DEVAP ist ein „Mit-Mach-Verband“. Um der Pflege das notwendige Gehör zu verschaffen, setzen wir vor allem auf den Blickwinkel und die Anregungen unserer Mitglieder. Diese setzen sich täglich für das Wohl der ihnen anvertrauten Menschen ein und wir unterstützen ihre Arbeit, indem wir ihre Stimme im (Ver-)Bund stärken und unsere Standpunkte und Angebote auf Grundlage der Rückmeldungen unserer Mitglieder schärfen.

CHRISTINE VOGLER

Der DEVAP kann den alten und pflegebedürftigen Menschen eine starke Stimme geben. Durch Vernetzung und Abstimmung von Positionen kann er für eine soziale Gerechtigkeit und gute Pflege eintreten. Dabei sollte die Expertise der Pflegenden und Pflegebedürftigen in die Diskussionen z.B. der Digitalisierung, der Finanzierbarkeit und Versorgungssicherheit immer ein Maß der Entscheidungen sein.

EVA-MARIA GÜTHOFF

Als Vorsitzende des VKAD, auch als „Schwesterverband“ bezeichnet, freue ich mich besonders über die gute Zusammenarbeit mit dem DEVAP und bin überzeugt, dass wir auch künftig gemeinsam unsere politischen Ziele verfolgen. Unsere nächsten gemeinsamen Themen sind die Finanzreform der Pflegeversicherung und die Klimaneutralität in den Einrichtungen.

WILFRIED WESEMANN

Die großen Aufgaben der Pflege können nur mit einer klaren, umsetzbaren Vision bewältigt werden. Der DEVAP hat diese gemeinsam mit seinen Mitgliedern entwickelt und im Oktober 2020 sein Strategiepapier veröffentlicht. Als Fachverband auf Bundesebene gilt es nach innen wie nach außen diese Strategie zu kommunizieren. Wenn nötig, dann müssen deutliche Worte an die Politik und Kostenträger gerichtet werden, die einfordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

PROF. DR. MICHAEL ISFORT

Wir brauchen starke Verbände wie den DEVAP, die gegenüber der Politik klare Forderungen haben, was benötigt wird, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten und zu stabilisieren. Die mutig genug sind, um ihre Mitgliedseinrichtungen zu begleiten und darauf vorzubereiten, dass relevante Veränderungen notwendig sind und notwendige Entwicklungen nicht ausgebremst werden.

BERND MEURER

Die Herausforderungen in der Pflege erfordern zukunftsfähige Konzepte und ein gemeinsames Engagement aller an der Pflege Beteiligten. Wir müssen dazu verstärkt gemeinsam für die besten Lösungen streiten, um die Politik zum Handeln zu bewegen. Ein gutes Beispiel ist das gemeinsame Papier zu den drängendsten Änderungsbedarfen der Kontextfaktoren zur Personalsicherung.

DR. IRENE VORHOLZ

Das Eintreten für eine gute Betreuung und Versorgung von älteren, alten und pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen, nicht nur jetzt, vor allem mit Blick auf die Zukunft.

DEVAP-FACHAUSSCHÜSSE

Koalitionsvertrag 2021-2025

Wie viele Vorschläge des DEVAP stecken tatsächlich im Koalitionsvertrag? Was ist bisher geschehen? Was muss noch getan werden?

Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025

*AUTOR · **Michael Schulz***

© Foto: iStock.com / deimagine

VORSITZENDE
DEVAP-FACHAUSSCHÜSSE

© Foto: DEVAP

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit

Dagmar Jung
ehem. Vorsitzende Fachausschuss Gemeinwesenorientierte Altenarbeit, ehem. Leiterin der Abteilung Gesundheit, Alter, Pflege Diakonisches Werk in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V.

© Foto: Theodor Fliedner Stiftung

Stationäre Altenhilfe

Claudia Ott
Vorsitzende Fachausschuss stationäre Altenhilfe, Vorstand Theodor Fliedner Stiftung

© Foto: DEVAP

Ambulante pflegerische Dienste

Sebastian Wirth
Vorsitzender Fachausschuss ambulante pflegerische Dienste, Geschäftsführer Diakoniestationen An der Agger und in Windeck – Diakonie vor Ort gGmbH

© Foto: DEVAP

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Uwe Machleit
Vorsitzender Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung, Fachseminarleiter Evangelische Stiftung Augusta Fachseminar für Altenpflege

Ohne Zweifel. Der Koalitionsvertrag liest sich aus Sicht der Pflege durchaus gut. Nie zuvor waren die Vorhaben der Pflege in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene derart präsent. Doch hält der Vertrag einer Prüfung durch den DEVAP stand? Hat er Potential die notwendigen Veränderungen der Pflege auch tatsächlich anzugehen?

Wir haben bei den Fachausschussvorsitzenden des DEVAP nachgefragt und wollten wissen: Wie zufrieden sind die Pflegeheime, die Pflegedienste, die Aus, Fort- und Weiterbildungsinstitute und die Gemeinwesenorientierte Altenarbeit mit dem Koalitionsvertrag? Wie sieht das Ergebnis nach einem Jahr Regierungsarbeit aus? Was wird noch von der Bundesregierung erwartet?

Roadmap für die Pflege
Bewertung des Koalitionsvertrages

Forderungen DEVAP-Strategiepapier Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025	**Koalitionsvertrag** Umsetzung aus Sicht der Fachausschussvorsitzenden
Festschreibung des pflegebedingten finanziellen Eigenanteils in der stationären Pflege	- 3
Sektorengrenzen abbauen	
Pflegende Angehörige und Zivilgesellschaft stärken	
Kommunen stärken	- 2,25
Weiterentwicklung der Investitionskosten als Beitrag zu einheitlichen Lebensbedingungen	
Einheitliches Personalaufbaukonzept entwickeln: Ausreichend Personal und professionalisierte Mitarbeitende	- 1,75
Chancen der Digitalisierung nutzen	

Bewertungsskala

- ***- 3*** *bislang keine Umsetzung der DEVAP-Vorschläge ersichtlich*
- ***0*** *es ändert sich an der jetzigen Situation nichts*
- ***+ 3*** *vollständige Umsetzung der DEVAP-Vorschläge*

© Foto: iStock.com / bluejayphoto

Die DEVAP Fachausschussvorsitzenden bewerten hier den Koalitionsvertrag und dessen bisherige Umsetzung inhaltlich. Maßstab sind die drei DEVAP-Schwerpunktthemen Eigenanteile, Kommunen und Personal.

„Die steigenden Preise führen ambulant zu einer zunehmenden Unterversorgung, da die Bereitschaft zur höheren Zuzahlung dort gering ist“, mahnt **Sebastian Wirth**. Der Bund müsse die Leistungen nach oben anpassen.

Claudia Ott sagt: ***„Die Dynamik der Kostenerhöhungen in der stationären Pflege ist massiv und für die Normalbevölkerung nicht mehr tragbar“.*** Es müsse schnell politisch gehandelt werden.

Nötig sei eine Finanzreform für die soziale Pflegeversicherung. ***„Die Pflegebedürftigen dürfen nicht mit den Ausbildungskosten belastet werden“,*** fordert **Uwe Machleit**.

Für **Dagmar Jung** ist es ***„zu wenig, wenn die Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung lediglich darauf verweist, dass Kommunen mehr Geld für freiwilliges Engagement und die Pflegekassen für Nachbarschaftshilfe zur Verfügung stellen sollen“***. Das verbessere nicht die kommunale Pflegeinfrastruktur.

„Die Kommunen sind zu stärken“, unterstützt **Claudia Ott**. ***„Diese müssen in der Lage sein, ihre Aufgabe zu erfüllen.“*** Ob das gelingen werde, hierzu hat sie besonders im Ruhrgebiet Zweifel.

Sebastian Wirth sieht ***„außer neuen Überschriften und neue Arbeitsgruppen keine weiteren Hilfestellungen für die Pflegeeinrichtungen“***. Die Umsetzungen, sagt er, werde auf die Selbstverwaltung abgewälzt, ***„die aber bisher keine praktikablen Lösungen beschlossen hat“***.

In der Anwendung der neuen Personalschlüssel sieht **Claudia Ott** eine ***„große Herausforderung“***. Ob dies gelinge hänge auch von den Trägern ab, in die Bildung zu investieren. Zudem mache der Fachkräftemangel es schwer, zusätzliche Menschen zu gewinnen.

Uwe Machleit setzt eine Grenze: Nur dann, wenn es ethisch vertretbar sei, dürfen Auszubildende aus Drittstaaten nach Deutschland geholt werden.

Was hat die Ampel-Koalition auf Bundesebene bis zum Jahr 2025 vor?

„Der Dramatik der Situation in der Pflege begegnen wir mit Maßnahmen, die schnell und spürbar die Arbeitsbedingungen verbessern.“

Zitat aus dem Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung trägt den Titel „Mehr Fortschritt wagen“. Wie sieht dieser Fortschritt für die Langzeitpflege aus? Der DEVAP hat für Sie die wesentlichen Punkte zusammengefasst und bewertet.

Die DEVAP Fachausschussvorsitzenden bewerten die einzelnen Maßnahmen des Koalitionsvertrags zur Langzeitpflege auf der Basis was bisher geschehen ist und wie nötig die Umsetzung ist. Wir haben hierbei die Maßnahmen in Kategorien zusammengefasst.

-4 -3 -2 -1 0 1 2 3 4

Je nach Umsetzungsgrad in der Praxis werden Punkte der folgenden Skala vergeben:

- ***- 4*** *hier muss schnellstmöglich reagiert werden*
- ***0*** *hier kann noch gewartet werden*
- ***+ 4*** *das Vorhaben ist vollständig umgesetzt*

© Foto: iStock.com / ThomasSaupe

Auszüge aus dem Koalitionsvertrag Bewertung

Arbeitsbedingungen/ Bezahlung

-1,5

- → In der stationären Langzeitpflege soll der Ausbau des **Personalbemessungsverfahrens** beschleunigt werden.
- → Insbesondere in der Langzeitpflege sollen die **Löhne und Arbeitsbedingungen** der Pflegekräfte mit dem Ziel verbessert werden, die Gehaltslücke zwischen Kranken- und Altenpflege zu schließen.
- → Der **Pflegeberuf soll attraktiver gemacht werden**, etwa mit Steuerbefreiung von Zuschlägen, durch die Abschaffung geteilter Dienste, die Einführung trägereigener Springerpools und einen Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeiten für Menschen mit betreuungspflichtigen Kindern.

„Bei den Löhnen gibt es positive Veränderungen“, weist **Sebastian Wirth** hin; *„veranlasst von der Vorgängerregierung“*. Pflegefachpersonen gebe es dadurch kurzfristig nicht mehr. Deutlich härter geworden sei der Konkurrenzkampf um diese. *„Mehr Spielraum bei den Personalschlüsseln“*, fordert **Claudia Ott**. Und ergänzt: Ein hoher Anteil an Vollzeitkräften verhindere die Einführung der 5-Tage-Woche. Sei man in der Langzeitpflege gerade auf dem Weg der Gleichstellung gewesen, drohe nun wieder eine Gefahr durch die gleichfalls steigenden Gehälter in den Krankenhäusern.

Finanzierung der Pflege

-4

- → In der stationären Pflege sollen die **Eigenanteile begrenzbar und planbar** gemacht werden. Die zum 1. Januar 2022 in Kraft getretene Regelung zu prozentualen Zuschüssen zu den Eigenanteilen werden beobachtet. Geprüft wird, wie der Eigenanteil weiter abgesenkt werden kann.
- → Die **Ausbildungskostenumlage** wird aus den Eigenanteilen herausgenommen.
- → Die **Behandlungspflege in der stationären Versorgung** wird der gesetzlichen Krankenversicherung übertragen und pauschal ausgeglichen.

„Die Kosten explodieren; schultern müssen dies die Pflegebedürftigen und die Sozialhilfeträger“, bringt es **Sebastian Wirth** auf den Punkt. **Dagmar Jung** sieht ein Zusammentreffen verschiedener Kostenerhöhungen. Das werde die ohnehin hohe Anzahl von sozialhilfeabhängigen Pflegeheimbewohner*innen *„stark ansteigen“* lassen. **Uwe Machleit** fordert: *„Die Ausbildungsumlage muss sofort aus dem Eigenanteil herausgenommen werden“*.

Finanzierung der Pflegeversicherung

-4

→ Der **Beitrag zur Sozialen Pflegeversicherung** wird „moderat“ angehoben.

Dies gehört zum fehlenden Gesamtpaket, sagt **Sebastian Wirth**. Für **Uwe Machleit** kann eine *„moderate“* Beitragserhöhung die Systemfehler der Pflegeversicherung nicht heilen.

Strukturfragen

-0,25

→ Bei der pflegerischen Versorgung vor Ort werden den **Kommunen** im Rahmen der Versorgungsverträge verbindliche Mitgestaltungsmöglichkeiten eingeräumt.

→ Unterstützt wird der bedarfsgerechte Ausbau der **Tages- und Nachtpflege** sowie insbesondere die **solitäre Kurzzeitpflege**. Leistungen wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege werden „in einem unbürokratischen, transparenten und **flexiblen Entlastungsbudget** mit Nachweispflicht“ zusammengefasst, um die häusliche Pflege zu stärken und auch Familien von Kindern mit Behinderung einzubeziehen.

→ Für die **24-Stunden-Betreuung** im familiären Bereich soll eine „rechtssichere Grundlage gestaltet“ werden.

→ In besonders benachteiligten Kommunen und Stadtteilen (5 Prozent) sollen **niedrigschwellige Beratungsangebote** (z.B. Gesundheitskioske) für Behandlung und Prävention errichtet werden.

Sebastian Wirth würde es begrüßen, wenn sich *„da mal was tun“* würde. Aber Politik und Kommunen hätten gerade ganz andere Probleme. **Dagmar Jung** wünscht sich *„verbindliche Mitgestaltungsmöglichkeiten der Kommunen“*. Solche Pflichten seien für den DEVAP *„unabdingbar als Zeichen kommunaler Verantwortung für die Pflege“* zu sehen.

Anpassung der Leistungen

+0,5

→ Das **Pflegegeld** soll ab 2022 regelhaft dynamisiert werden.

Dagmar Jung macht deutlich: *„Vielerorts fehlen die Infrastruktur und das Personal für echte Entlastungsangebote“*. Tagespflegen und ambulante Dienste hätten teilweise schon Wartelisten und müssen Nachfrager vertrösten.

Berufe/ Ausbildung/ neues Berufsfeld

-3

→ Harmonisiert werden sollen die Ausbildungen u. a. durch **bundeseinheitliche Berufsgesetze** für Pflegeassistenz, Hebammenassistenz und Rettungssanitärer. Gesorgt werden soll für eine gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern.
→ Professionelle Pflege soll durch **heilkundliche Tätigkeiten** ergänzt werden.
→ Geschaffen werden soll u. a. das neue Berufsbild der **„Community Health Nurse“**.
→ Auf den Weg gebracht werden soll ein **allgemeines Heilberufegesetz**.
→ Weiterentwickelt werden soll das **elektronische Gesundheitsberuferegister**.
→ In der Ausbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe sowie in Fort- und Weiterentwicklung soll die Vermittlung **digitaler Kompetenzen** implementiert werden.

Durch die vielen unterschiedlichen föderalen Ausbildungsabschlüsse bei den Pflegeassistenzberufen werde die Frage der Einsetzbarkeit in der Behandlungspflege immer schwieriger, macht **Sebastian Wirth** deutlich. **Uwe Machleit** ergänzt: Die hierzu im Koalitionsvertrag genannten Aspekte *„müssen dringend und zeitnah realisiert werden“*. Insbesondere gelte dies für die Harmonisierung der Pflegeassistenzausbildung auf Bundesebene. Finanzierungs- und Schulungsbedarf sieht er zudem bei den Digitalisierungskompetenzen. Diese seien bereits in der Ausbildung zu vermitteln.

Selbstverwaltung der Berufe

-0,5

→ Mit einer bundesweiten Befragung aller professionell Pflegenden sollen Erkenntnisse darüber erlangt werden, wie die **Selbstverwaltung der Pflege** in Zukunft organisiert werden kann.

→ Gestärkt werden soll der **Deutsche Pflegerat** als Stimme der Pflege im **Gemeinsamen Bundesausschuss** und anderen Gremien. Der Pflegerat soll bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben finanziell unterstützt werden.

Uwe Machleit: *„Eine wirkliche Stärkung der Pflege im G-BA ist dringend erforderlich und längt überfällig“.*

Reform des G-BA

0

→ Mit der Hilfe einer **Reform des G-BA** sollen die Entscheidungen der Selbstverwaltung beschleunigt, die Patientenvertretung gestärkt und der Pflege und anderen Gesundheitsberufen (sobald sie betroffen sind) weitere Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden.

Sebastian Wirth: *„Der G-BA muss weg – oder muss prinzipiell reformiert werden.“* Er sei eine reine Lobbyvertretung und habe gesetzgeberische Wirkung, ohne dass dieses Gremium demokratisch dazu legitimiert sei. **Dagmar Jung** zweifelt, ob die Pflege tatsächlich Wirkung im G-BA entfalte. *„Das Partizipationsangebot ist ein Feigenblatt.“* **Uwe Machleit**: *„Diese Körperschaft ist oft mächtiger als das zuständige Bundesministerium und passt nicht in einen partizipativen Prozess aller Akteure im Gesundheitswesen“.*

Digitalisierung

-3,75

- → In einer regelmäßig fortgeschriebenen **Digitalisierungsstrategie** im Gesundheitswesen und in der Pflege soll ein besonderer Fokus auf die Lösung von Versorgungsproblemen und die Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer gelegt werden.
- → In der Pflege soll die Digitalisierung u. a. zur Entlastung bei der Dokumentation, zur Förderung sozialer Teilhabe und für therapeutische Anwendungen genutzt werden.
- → Sämtliche Akteure sollen an die **Telematikinfrastruktur** angebunden werden.
- → Das SGB V und weitere Normen sollen hinsichtlich, durch technischen Fortschritt **überholter Dokumentationspflichten** überprüft werden.

© Foto: iStock.com; Montage: Viol

„Als vordergründigen Aktionismus“ umschreibt **Sebastian Wirth** die Maßnahmen des Koalitionsvertrages zur Digitalisierung. *„Bei den ambulanten Einrichtungen kommen konkrete Anwendungen und Erleichterungen nicht an.“* Es fehle der große Plan. *„Durch Digitalisierung wird manches einfacher, aber nur dann, wenn dadurch Analoges überflüssig wird“*, betont **Uwe Machleit**. *„Aber nicht: Digital und Papier.“*

Weitere Punkte zur Pflege

-3,75

- → Vereinfacht und beschleunigt werden sollen die notwendige **Gewinnung von ausländischen Fachkräften** und die Anerkennung von im Ausland erworbener Berufsabschlüsse.

Für **Uwe Machleit** darf es eine Gewinnung ausländischer Pflegefachpersonen nur dann geben, *„wenn es nicht zum Care Drain im Herkunftsland kommt“*.

© Fotos: iStock.com

INTERVIEW

Wie ist das Urteil der Fachausschussvorsitzenden?

Einig waren sich alle Fachausschussvorsitzenden: Eine Umsetzung des Titels des Koalitionsvertrages *„Mehr Fortschritt wagen“* ist bislang zumindest für die Pflege kaum erkennbar. Es ist kein messbarer Fortschritt ersichtlich. Das ist ernüchternd. Wir haben nachgefragt.

Uwe Machleit, Claudia Ott, Sebastian Wirth, Dagmar Jung

© Foto: iStock.com / deimagine

DEVAP: Was waren Ihre ersten Eindrücke zum Koalitionsvertrag? Welchen Punkt fanden Sie besonders interessant? Wie stehen Sie heute dazu?

„Ich messe dem Koalitionsvertrag keine große Bedeutung bei“, sagt **Sebastian Wirth**. Gut geeignet sei er jedoch, um der *„Politik auf die Füße zu treten“*; auch wenn *„die dort beschriebenen Punkte lediglich Kompromisse und Absichtserklärungen“* seien. Ähnlich fällt das Urteil von **Dagmar Jung** aus: *„Aus der Sicht der Alten- und Gemeinwesenarbeit sehr schwach“*. Für **Claudia Ott** ist es *„bemerkenswert, dass im Wahlkampf das Thema Pflege eine große Rolle gespielt hat – und seit der Wahl vollkommen weg ist“*. Die Umsetzung des Koalitionsvertrages werde *„nicht reichen, um die Pflege zu stabilisieren“*. Aber selbst dieser Schritt sei zurzeit nicht in Sicht. Dies erkennt auch **Uwe Machleit**: *„Trotz großer Worte ist zu befürchten, dass das Thema Pflege wegen aktueller Themen der Energie- und Ukrainekrise aus dem Blick der Politik gerät“*.

DEVAP: Was fehlt dem Vertrag? Was ist aus Ihrer Sicht dringend notwendig?

Dem Vertrag *„fehlt der Mut zu einem konsistenten Gesamtkonzept im Bereich der Altenhilfe und Pflege“*, urteilt **Dagmar Jung**, kurz und knapp. **Claudia Ott hält** *„die Finanzreform der Pflegeversicherung und eine Neuordnung des Leistungsrechts für die wichtigsten Aufgaben der Politik“*.

DEVAP: Erstmals wird die Rolle der Kirchen in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene nur marginal gewürdigt. Ganze sieben Mal wird der Begriff „Kirche“ im Vertrag erwähnt. Was bedeutet diese politische Abkehr von christlichen Prinzipien für die Pflege für Sie?

„Darin zeigt sich die zunehmende Marginalisierung christlicher Wertmaßstäbe im politischen Diskurs“, mahnt **Dagmar Jung**. Notwendig werde es, den Wertekanon der diakonischer Pflege und Altenarbeit den politisch Verantwortlichen zu erklären und *„zu übersetzen“*, da er nicht (mehr) selbstverständlich als Wissensbestand vorausgesetzt werden könne. *„Die Kirche hat leider schon lange nicht mehr die gesellschaftliche Bedeutung wie in früheren Jahren“*, resümiert **Sebastian Wirth**. Das spiegle sich auch im Parlament wider.
„Das passt bedauerlich zur gesellschaftlichen Lage, dass Kirchenmitglieder in Deutschland zur Minderheit werden“, ergänzt **Uwe Machleit**. Auch **Claudia Ott** kommt direkt auf den *„erkennbaren Bedeutungsverlust“* zu sprechen. Sie ist sich aber sicher: *„Unsere Rolle in der Gesellschaft werden wir als diakonische Einrichtungen aber immer haben, wenn wir eine gute soziale Arbeit machen und auch Lösungen für neue soziale Probleme suchen und finden“*.

DEVAP: Frau Ott, wie viel fehlendes Pflegepersonal können die Pflegeheime noch verkraften? Setzt der Koalitionsvertrag die richtigen Prämissen zur Einführung der Personalbemessung?

Claudia Ott: Mit der Einführung von Personalbemessungen in der Mangelsituation besteht die Gefahr, dass die bestehenden Leistungsangebote nicht gehalten werden können. Dies ist in einer alternden Gesellschaft ein großes Problem. Hier erfordert es eine große Anstrengung, die Zuwanderung zu ermöglichen und Bildungsprozesse zu unterstützen.

Bislang ist das Zuwanderungssystem noch von Abschreckung und Vermeidung geprägt. Das kann so nicht bleiben. Die Wohnungsnot in vielen Ballungsräumen ist auch ein gesamtgesellschaftliches Thema. Man kann Menschen aus dem EU Ausland nur anwerben, wenn auch der notwendige Wohnungsbestand da ist. Die Personalbemessung und die Diskussion um Zuwanderung stehen eng zusammen.

DEVAP: Die finanziellen Eigenanteile explodieren? Was kann die Lösung sein?

Claudia Ott: Die Forderung des DEVAP nach der Deckelung der Eigenanteile ist der richtige Weg. Die Politik muss endlich entscheiden, welche finanziellen Belastungen durch die Pflege sie der Bevölkerung noch zumuten möchte.

Echte Beteiligung von Anfang an

DEVAP: Herr Wirth, keine Deckelung der finanziellen Eigenanteile, keine Personalbemessung, wie lange werden die ambulanten Pflegedienste von der Politik noch vergessen?

Sebastian Wirth: Die Bereitschaft zur Zuzahlung ist in der häuslichen Versorgung nicht weit verbreitet. Deshalb kommt es bei steigenden Preisen und gedeckelten Pflegebudgets zur Unterversorgung und zur Überlastung der pflegenden Angehörigen. Das sind dann aber „Einzelschicksale“, die in der Öffentlichkeit nicht vorkommen. Die Politik weiß zwar schon lange davon, tut aber nichts, da sich die Beschwerden nicht häufen.

Eine Personalbemessung gibt es im ambulanten Bereich nicht. Sie macht aus meiner Sicht auch keinen Sinn. Wir können nur so viel Patienten versorgen, wie wir Arbeitszeit der Mitarbeitenden zur Verfügung haben. Die Nachfrage wächst stetig, aber die Patienten können nicht aufgenommen werden. Das wird irgendwann zum Sprengstoff.

Allgemein fehlt Pflegepersonal. Die ambulanten Einrichtungen sehe ich dabei am Ende der Versorgungskette. Ein Grund ist die fehlende Tarifanerkennung im Bereich des SGB V und das Versagen der Selbstverwaltung, dies zu ändern.

DEVAP: Was ist nötig, um die ambulante Pflege zu sichern?

Sebastian Wirth: Zum einen müssen endlich klare Kalkulationen für die Preisfindung vor allem im Bereich SGB V festgelegt werden. Dann bekäme das Schlagwort „leistungsgerechte Entgelte“ endlich einen Sinn. Außerdem muss der bürokratische Aufwand deutlich reduziert werden, z.B. durch einfache digitale Anwendungen. Mit der eingesparten Zeit ließe sich mehr Pflege leisten.

DEVAP: Herr Machleit, jedes Land macht in der so wichtigen Pflegeassistentenausbildung was es will. Steht die Aus-, Fort- und Weiterbildung auf einem verlorenen Fuß?

Uwe Machleit: Nein, die Fort- und Weiterbildung wird sich auf Grundlage des Pflegeberufegesetzes verändern; sie muss sofort im Anschluss an die Ausbildung stattfinden können. Bund und Länder müssen sich schnellstens auf eine bundeseinheitliche Assistenzausbildung verständigen.

DEVAP: Ist die Umsetzung der Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege aus Ihrer Sicht in ernster Gefahr?

Uwe Machleit: Ja, sie ist in Gefahr. Der bestehende Personalmangel gefährdet die Versorgung in der stationären Pflege. Hinzu kommt, die demographische Entwicklung führt zu einer massiven Zunahme an Pflegebedürftigen und zu einer weiteren Absenkung an Schulabgänger. Dies kann nicht zusammengehen. Somit laufen die Regelungen ins Leere.

DEVAP: Frau Jung, bleibt die Gemeinwesenorientierte Arbeit das Stiefkind der Politik, trotz zahlreicher Beschwörungen zur Stärkung der Kommunen?

Dagmar Jung: Meine Erfahrung zeigt, dass die demographische Entwicklung eigene Fakten schafft. Der seit vielen Jahren vorhergesagte Fachkräftemangel hat nun die ganze Wirtschaft erfasst. Diese Einsichten, gepaart mit einer gewissen Beharrlichkeit von uns Fachleuten, werden letztlich dazu führen, dass die Potenziale der Gemeinwesenorientierte Arbeit verlässlich gefördert und weiterentwickelt werden. Da bin ich sehr zuversichtlich.

DEVAP: Was muss sich im Gemeinwesen ändern, damit die Pflege auch noch weit über das Jahr 2025 hinaus geleistet werden kann?

Dagmar Jung: Ich sage nur „Boomer“. Das sind in den nächsten Jahren 13 Millionen(!); vielfach fitte, leistungsfähige Menschen, die ins Rentenalter kommen bzw. aus dem Arbeitsleben scheiden. Hier braucht es neue frische Ideen und Anreize, vielleicht sogar neue Verpflichtungsoptionen im Rahmen des Generationsvertrags, um diese Potenziale zu aktivieren und für das Gemeinwesen zu nutzen.

Wir können auch aus Sicht der Demographie nicht alles den Erwerbstätigen, den jüngeren Familien und den jungen Menschen aufhalsen. Vieles von dem, was wir heute gesamtgesellschaftlich kennen und zu lösen versuchen, wird in den nächsten Jahren von den Altengenerationen untereinander neu vereinbart werden müssen, um die Jungen nicht über die Maßen zu belasten.

INTERVIEW

> Aber ganz klar müssen auch die Fragen zur finanziellen Stabilität der Pflegeversicherung gleichzeitig beantwortet werden.

© Foto: Nikolai Kues

Bundespflegebevollmächtigte Claudia Moll im Interview

Wir müssen als Gesellschaft entscheiden, wie wir gute Pflege finanzieren

Das Bundeskabinett hat am 12. Januar 2022 Claudia Moll, MdB und gelernte Altenpflegerin, zur neuen Bevollmächtigten der Bundesregierung für Pflege ernannt. Im Interview stellt sich Claudia Moll den Fragen des DEVAP.

DEVAP: Lassen Sie uns über die Zukunft der Pflege sprechen, die heute gestaltet werden muss. Der Koalitionsvertrag ist gefüllt mit guten Vorhaben für die Pflege. Er ist ein toller Fahrplan, aber irgendwie fährt der Bus nicht. Wann macht sich die Politik auf den Weg? Was darf die Pflege im Jahr 2022 noch erwarten?

Claudia Moll: Wie Sie richtig anmerken, stehen viele gute Vorhaben im Koalitionsvertrag, wie die Dynamisierung des Pflegegeldes oder die Einführung eines echten Entlastungsbudgets. Hier muss noch in diesem Jahr was passieren. Aber ganz klar müssen auch die Fragen zur finanziellen Stabilität der Pflegeversicherung gleichzeitig beantwortet werden.

DEVAP: In der Pipeline für gute Rahmenbedingungen gibt es zudem über 300 Maßnahmen der Konzertierten Aktion Pflege. Drei Bundesministerien, ein Schwur für bessere Pflege, fünf Arbeitsgruppen, über 50 Verbände, Ministerien und Institutionen. Viel Zeit, viel Papier und wenig Umsetzung?

Claudia Moll: Das sehe ich etwas anders. Blockbuster-Themen, wie die Personalbemessung oder die Tarifbezahlung sind inzwischen gesetzlich umgesetzt. Es gibt Fördertöpfe für gute Arbeitsbedingungen oder für IT-Anschaffungen. Die Ausbildungsoffensive ist sehr erfolgreich und bei der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte gibt es inzwischen neue Ansprechpartner, die bei der Anwerbung unterstützen. Bei der Digitalisierung sind wir aber noch nicht soweit, wie ich es mir gewünscht hätte.

DEVAP: In der stationären Langzeitpflege gibt es ab 2023 ein Personalbemessungsverfahren. Wie stehen Sie dazu?

Claudia Moll: Wir sind endlich auf dem Weg zu bundeseinheitlichen Personalschlüsseln, die eine Pflege ohne Hetze ermöglichen. Allen Beteiligten ist aber klar, dass die weiteren Umsetzungsschritte noch gesetzlich zu verankern sind.

DEVAP: Was bieten Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ambulanten Pflege zur Verbesserung ihrer Arbeitssituation an?

Claudia Moll: Die Tarifbezahlung gilt ja auch in der ambulanten Pflege. Wenn Sie auf die Personalbemessung abzielen, braucht es aus meiner Sicht einen neuen Anlauf. Zur konkreten Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann ich mein eigenes Projekt GAP anbieten, das darin unterstützt, die Arbeitsbedingungen im Unternehmen so zu verändern, dass die Mitarbeitenden Beruf und Familie besser vereinbaren können.

DEVAP: Wie kann es gelingen, dass Pflege auch künftig finanzierbar bleibt, trotz steigender Kosten für mehr Personal und mehr Lohn?

Claudia Moll: Steigende Kosten wird man nicht verhindern können – selbst im Koalitionsvertrag wird eine moderate Beitragssatzsteigerung angekündigt. Eine Chance ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Neuordnung des Beitragssatzes in Abhängigkeit zur Anzahl der Kinder aufgetragen hat. Wichtig für mich ist, dass die Kostensteigerungen nicht eins zu eins an die Pflegebedürftigen und ihre Familien adressiert werden. Gute Pflege kostet nun mal – und wir müssen als Gesellschaft entscheiden, wie wir das finanzieren.

DEVAP: Die Festschreibung der pflegebedingten Eigenanteile ist dabei eine der wichtigsten Maßnahmen und kommt dem ursprünglichen Ziel der Pflegeversicherung sehr nahe. Richtig?

Claudia Moll: Die Eigenanteile werden wir weiter im Auge behalten. Aktuell belasten die Preissteigerungen die Menschen zusätzlich. Dafür müssen wir schnell Lösungen finden. Und obwohl die Pflegeversicherung nicht als Vollversicherung geplant war, soll es laut Koalitionsvertrag eine Expertengruppe geben, die sich mit dieser Frage beschäftigt. Ich bin gespannt.

DEVAP: Was werden Sie dazu beitragen, dass die Pflege und deren Verbände bei den für sie wichtigen Themen nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden dürfen?

> Wir sind endlich auf dem Weg zu bundeseinheitlichen Personalschlüsseln, die eine Pflege ohne Hetze ermöglichen. „

Claudia Moll: Es gibt schon viele Möglichkeiten, wo die Verbände entscheiden und gestalten können. Der Gesetzgeber hat viele Aufträge an die Pflegeselbstverwaltung adressiert und wir werden dafür sorgen, dass die Profession Pflege an den sie betreffenden Tischen zukünftig sitzt und mitentscheidet. Allerdings bleiben die Ergebnisse der Selbstverwaltung manchmal auch hinter den Erwartungen zurück und vorgesehene Fristen werden gerissen. Ich denke da an die Anpassung der Landesrahmenverträge an den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Das war kein Aushängeschild.

DEVAP: Es ist wahnsinnig viel Vertrauen in der Pflege mit Blick auf die Politik verloren gegangen. Wie wollen Sie dieses wiedergewinnen?

Claudia Moll: Ich kenne diese subjektive Wahrnehmung – obwohl ich sie objektiv nicht teile. Die „Politik“ hat die Pflege seit einigen Jahren so im Fokus wie nie zuvor und es passiert wahnsinnig viel: die Generalistik oder die Konzertierte Aktion Pflege als Startschuss für unzählige Maßnahmen, die mittel- bis langfristige Strukturreformen betrafen. Dass vieles länger braucht um vor Ort spürbar zu werden, ist nicht toll, darf aber nicht als „die machen ja eh nichts“ abgetan werden. Denn – um nur zwei Beispiele zu nennen – die Tarifzahlung kommt zum 1.9. diesen Jahres und die Personalbemessung zum 1.7. nächsten Jahres. Vielleicht müssen wir alle noch mehr darüber reden, was positiv in der Pflege läuft.

> Gute Pflege kostet nun mal – und wir müssen als Gesellschaft entscheiden, wie wir das finanzieren. „

MITGLIEDERBEFRAGUNG 2022

Pflege Gehör verschaffen – wir stärken Ihre Stimme im (Ver-)Bund

Die Ergebnisse der Umfrage sind ein Anlass zu feiern

*AUTORIN · **Katharina Voß***

Um der Pflege weiterhin das notwendige Gehör zu verschaffen, setzt der DEVAP vor allem auf den Blickwinkel und die Anregungen seiner Mitglieder. Ihre Fachexpertise soll kontinuierlich in die Arbeit als Bundesfachverband einfließen und die Lobbyarbeit sowie die Angebote schärfen. Hierfür hat der DEVAP am 15. Juni 2022 eine Online-Befragung unter dem Motto „Pflege Gehör verschaffen – wir stärken Ihre Stimme im (Ver-)Bund“ gestartet.

© Foto: iStock.com / scyther5

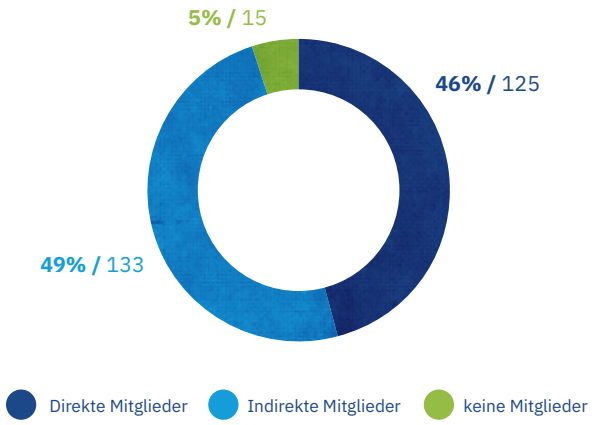
Danke für die hohe Teilnahmebereitschaft

Die Befragung hat **insgesamt 359 Teilnehmende** erreicht, wovon **277 Personen alle Fragen beantwortet** haben. Die Umfrage wurde vorwiegend von der **oberen Leitungsebene** oder anderen **Leitungskräften** beantwortet.

Die meisten Teilnehmenden sind im **stationären (>50%)** oder **ambulanten Bereich (>20%)** tätig.

Es gibt zudem viele **multikomplexe Organisationen (123)**. Die meisten davon sind in **mehreren Hilfefeldern tätig (81)**. Einige **in mehreren Bundesländern (25)**.

359 Teilnehmende



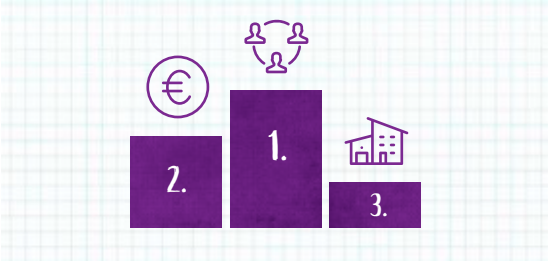
DEVAP-Strategie und Schwerpunktsetzung bestätigt

Die DEVAP-Strategie und Schwerpunktsetzung auf die Themen Eigenanteile, Personal und Kommunen aus dem DEVAP-Strategiepapier finden sich im Wesentlichen bestätigt. Alle sieben in der Roadmap definierten Themenfelder werden als relevant angesehen. Das Thema Digitalisierung wurde erstmalig deutlich höher priorisiert als bisher. Mit dem Zukunftsthema Nachhaltigkeit nimmt der DEVAP zudem ein Kernanliegen seiner Zielgruppe künftig stärker in den Blick.

Ihre strategischen Schwerpunkte werden geteilt

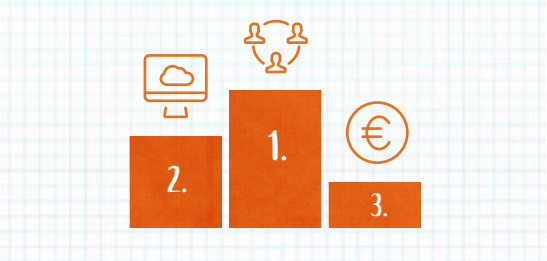
Schwerpunktthemen DEVAP Strategie

1. **Einheitliches Personalaufbaukonzept entwickeln:** Ausreichend Personal und professionalisierte Mitarbeitende
2. **Festschreibung der Eigenanteile** mit Überführung der Behandlungskosten in das SGB V
3. **Kommunen stärken**: Pflegerische Infrastruktur und Förderung des Gemeinwesens als kommunale Pflichtaufgabe



Strategische Prioritäten der Befragten

1. **Einheitliches Personalaufbaukonzept entwickeln:** Ausreichend Personal und professionalisierte Mitarbeitende
2. **Chancen der Digitalisierung** nutzen
3. **Festschreibung der Eigenanteile** mit Überführung der Behandlungskosten in das SGB V



Zukunftsthema: **Nachhaltigkeit fördern**

sozial **ökologisch und** **ökonomisch zusammengedacht**

aktuell im Fokus: Investitionskosten- und Refinanzierungsregelungen

Die Funktionen und Angebote des DEVAP werden gesehen und geschätzt

Welche der folgenden Funktionen nimmt der DEVAP aus Ihrer Sicht aktuell wahr und sind aus Ihrer Sicht in der Zukunft besonders wichtig?

4. Bearbeitung grundsätzlicher Fragen der Altenarbeit und Pflege
5. Positionierung der diakonischen Altenarbeit und Pflege in den Fachmedien
6. Dienstleister für Mitglieder durch Informationen, Beratung, Schulung
7. Gemeinschaftsbildung / Netzwerk
8. Übergreifende Arbeit mit anderen Hilfefeldern und Verbänden
9. Lern-, Reflexions- und Entwicklungsraum für fachpolitische Themen auf Bundesebene
10. Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung
11. Information und Unterstützung bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten

Auch die **Dienstleistungsangebote werden wahrgenommen und geschätzt**. Bei fast allen Angeboten, wie digitale und Präsenzveranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Positions- und Impulspapiere, konnte die Zufriedenheit gesteigert werden.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen zudem ein **hohes Engagement-Potenzial**. Es gibt eine große Bereitschaft den DEVAP mitzugestalten – auf ganz verschiedenen Ebenen.

Dieses Potential und den Vertrauensvorschuss wird der DEVAP nutzen und seine Angebote und die inhaltliche Ausrichtung noch passgenauer gestalten und die Mitglieder dabei aktiv einbinden.

Auf der DEVAP-Mitgliederversammlung am 18. November 2022 in Berlin werden die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2022 und die Handlungsableitungen daraus präsentiert.

© Foto: DEVAP

Politisch benötigen wir mehr Verbindlichkeit, mehr Klarheit für die Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens. "

Wilfried Wesemann

PERSONALBEMESSUNG

Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege – Was kann jetzt schon getan werden?

Perspektiven & Implikationen für die Umsetzung

AUTOREN · ***Michael Schulz, Thomas Kalwitzki***

Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025
Strukturreform Personal

© Foto: iStock.com / BIM

Aus Sicht des DEVAP

Checkliste „Neues Personalbemessungsverfahren“

- [x] 01 *Vorlage Endbericht/Abnahme*
- [x] 02 *Zustimmung des Bundes und der Länder*
- [x] 03 *Roadmap zur Umsetzung*
- [x] 04 *Erprobungsverfahren in ausgewählten Einrichtungen*
- [x] 05 *Gesetzliche Voraussetzungen schaffen*
- [ ] 06 *Finanzierungskonzept der Pflegeversicherung*
- [ ] 07 *Komplette Refinanzierung der zusätzlichen Kosten*
- [ ] 08 *Unterstützung zur Umsetzung des Verfahrens vor Ort (Bund und Länder)*
- [ ] 09 *Hebung strukturbedingter Potenziale*
- [ ] 10 *Maßnahmen zur Organisationsentwicklung*
- [ ] 11 *Maßnahmen zur Personalentwicklung*
- [ ] 12 *Neudefinition der Aufgaben von Fach- und Assistenzkräften*
- [ ] 13 *Einheitliche Aus- und Fortbildung der Assistenzberufe*
- [ ] 14 *Digitalisierung der Pflege umsetzen*
- [ ] 15 *Suche/Einstellung von Personal mit Start in den Assistenzberufen*

*Diese Checkliste gab es bereits in den letzten beiden DEVAP Jahresheften. Zusätzliche Haken zum letzten Jahr sind **NICHT** hinzugekommen.*

In einer umfangreichen Reihe an digitalen DEVAP-Personaldialogen stand Dipl. Geront. Thomas Kalwitzki, Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, den jeweils rund 100 Teilnehmer*innen des DEVAP in Berlin/ Brandenburg, Hessen/ Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bayern zum Dialog zur Verfügung. Kalwitzki ist einer der Mitautoren des vom Qualitätsausschuss Pflege beauftragten Projekts zur Entwicklung und Erprobung eines künftigen Personalbemessungsinstruments für die stationäre Langzeitpflege. Der DEVAP setzt mit diesem Beitrag seine Berichterstattung des zum 1. Juli 2023 kommenden Personalbemessungsverfahrens in der stationären Langzeitpflege fort.

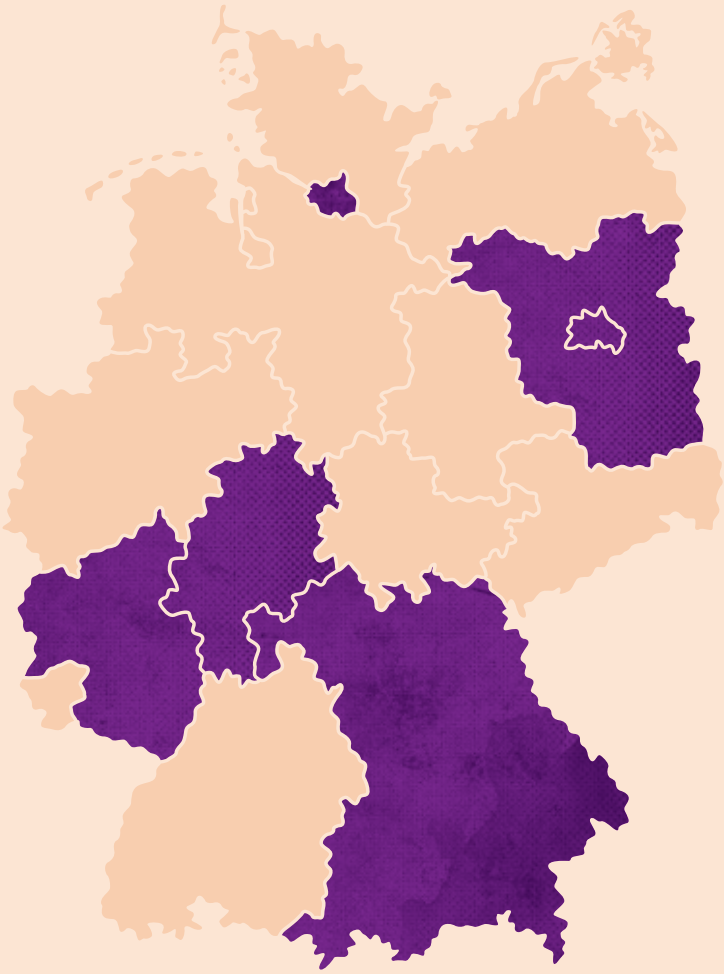
Stationen der DEVAP-Personaldialoge

Berlin/ Brandenburg
28. Januar 2022
Auftaktveranstaltung

Hessen/ Rheinland-Pfalz
16. März 2022
Mit auf dem Podium waren **Hannelore Rexroth**, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ev. Altenhilfe & Pflege in der Diakonie Hessen, & **Pfarrer Albrecht Bähr**, Vorstandsvorsitzender Diakonisches Werk Pfalz.

Hamburg
02. Mai 2022
Mit auf dem Podium war **Katrin Kell**, DEVAP-Vorständin und Fachbereichsleitung Pflege und Senioren Diakonisches Werk Hamburg.

Bayern
04. Juli 2022
Mit auf dem Podium war **Florian Schoenauer**, Vorsitzender Christliche Arbeitsgemeinschaft e.V..



Gleichfalls mit auf dem Podium war jeweils **Wilfried Wesemann**, Vorsitzender des DEVAP. Bei allen Dialogen übernahm **Anna Leonhardi**, Geschäftsführerin des DEVAP, die Moderation.

Roadmap — Der Zeitplan

ab dem 1. Juli 2023

Zweite Personalausbaustufe mit Einführung bundeseinheitlicher Personalobergrenzen in der stationären Langzeitpflege.

Durchführung eines Modellprojektes mit begleiteter Implementation von Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung in etwa 10 vollstationären Pflegeeinrichtungen.

Veröffentlichung eines Konzepts zur kompetenzgerechten Arbeitsorganisation für alle stationären Pflegeeinrichtungen.

Ende 2024

Vorlage der Berichte und der Empfehlungen für einen Algorithmus 2.0.

2025

Prüfung weiterer Personalausbaustufen in Abhängigkeit von den Ergebnissen der begleitenden Evaluation und der Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Flächendeckende Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens unter Berücksichtigung eines Algorithmus 2.0 auf gesetzlicher Grundlage.

Quelle: Bundesgesundheitsministerium, Februar 2021

© Foto: Lukas Kluge

> In den Einrichtungen ist derzeit wenig bekannt, wer welche Arbeit warum macht. Ziel muss im Sinne der professionellen Ganzheitlichkeit sein, alles von der richtigen Hand zu leisten, nicht von der gleichen.

Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki
Universität Bremen

© Foto: iStock.com / BIM

„Die Pflege hat ein Nachhaltigkeitsproblem“, betont Thomas Kalwitzki gleich zu Beginn aller digitalen DEVAP-Personaldialoge. Er unterscheidet dabei 4 Ebenen & stellt deren unterschiedliche Perspektiven gegenüber.

Demographie

Mehr alte Menschen < > Weniger Erwerbstätige

Qualität

Erweiterte Qualitätsansprüche < > Fehlende strukturelle Voraussetzungen

Personal

Hohes Arbeitsethos < > Kompensatorische Arbeitsorganisation auf Verschleiß

Finanzierung

Bedarfsunabhängige Leistungspauschalen < > Kontinuierliche Preissteigerungen

Die vermutlich größte soziale Frage der 2020er Jahre sei es dabei, den demographischen Konflikt endlich ernst zu nehmen und genug Pflegekräfte für eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewinnen. Und er macht deutlich: „Alle Reformschritte für eine nachhaltige Pflegeversicherung müssen daher die Frage nach ausreichend Mitarbeiter*innen in der Pflege mitbetrachten“.

Konkret erforderlich sei in der Langzeitpflege:

1. eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch mehr Personal
2. eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte
3. die Digitalisierung der Kernprozesse
4. die Finanzreform der Pflegeversicherung

Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki
Universität Bremen

„Es ist jetzt noch Zeit, sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren.“

Ein Teil der Lösung sei das neue Personalbemessungsverfahren, sagt der Wissenschaftler weiter, dass das Rollenverständnis der Mitarbeiter*innen in der Pflege „ordentlich verändern wird“.

Erster Ansatzpunkt ist die Qualität, die durch Mehrpersonalisierung endlich eine Struktur erhält, die eine Erfüllung der Qualitätsansprüche möglich macht. Auf der Ebene Personal führt das dazu, dass sich die bisherige „Arbeit auf Verschleiß“ dreht und zu „Gesunden Arbeitsbedingungen“ führen kann. Diese wiederum können zu einem höheren Ausbildungsanreiz, einer besseren Berufsbindung sowie einer Reaktivierung ausgeschiedener Mitarbeiter*innen führen, was sich positiv auf die Ebene Demographie auswirke, da dies zu einem höheren Anteil von Erwerbstätigen in der Pflege führt.

Kalwitzki erinnert daran, dass die Ergebnisse des Projekts zum Personalbemessungsverfahren einen erheblichen Pflegekraftmehrbedarf zeigen, ganz überwiegend im Bereich von Pflegeassistenzkräften. Um das auch zu ermöglichen, ist es erforderlich, die aktuelle bundesweit (weitgehend) einheitliche Fachkraftquote von 50 % durch heimindividuelle bedarfsgerechte Qualifikationsstrukturen zu ersetzen. Gezeigt werden konnte auch, dass Einrichtungen dabei mit höherem Pflegegradmix auch einen höheren Fachkräfteanteil benötigen. Im Projekt lag der durchschnittliche Fachkraftanteil bei 38 Prozent, was bei der zugleich umzusetzenden Personalmehrung dazu führt, dass ebenfalls mehr Fachkräfte einzusetzen sind.

Übersicht 1

Personalmehrbedarf und künftiger -mix nach Qualifikationsgruppen in Pflegeheimen

	Mehrbedarf	resultierender Anteil am Gesamtpersonal
Fachkräfte	+ 3,5 %	38 % (QN 4)
Assistenzkräfte	+ 69 %	62 % (QN 1 bis 3)
Gesamt	**+ 36 %**	

Quelle: Ergebnisse des Projekts zum neuen Personalbemessungsverfahrens (PeBeM), Universität Bremen

Download Abschlussbericht: https://media.suub.uni-bremen.de/handle/elib/4497

Bundesweit hat das Projekt zur Personalbemessung gegenüber dem Jahr 2018 einen Personalmehrbedarf von zusätzlichen 115.000 Vollzeitstellen ausgewiesen, die für eine bedarfsgerechte Personalausstattung zuerst zu refinanzieren und dann auch zu besetzen wären. Diese Stellen sollen stufenweise geschaffen werden. Mit der durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) für 1. Juli 2023 vorgegebenen Einführung der bundeseinheitlichen Personalobergrenzen werden – zusätzlich zu den schon vorhandenen 20.000 Hilfskraftstellen des GPVG – weitere 25.000 Stellen in allen Qualifikationsniveaus (QN) refinanziert. Zusätzlich wird die Mindestausstattung für das Pflegepersonal in Form von Personaluntergrenzen dann in den Landesrahmenverträgen festgelegt. „Damit“, weist Kalwitzki hin, „lassen die im GVWG angegebenen Personalschlüssel lediglich die Refinanzierung von 40 % des bedarfsnotwendigen Mehrpersonals in der Pflege zu“.

„Dies wäre vertretbar, wenn statt einem weiteren Prüfungsauftrag (im Jahr 2025) durch den Bundesgesetzgeber, eine dritte Stufe der Personalmehrung verbindlich beschlossen worden wäre“. Dem sei jedoch nicht so. „Wir hätten uns mehr Verbindlichkeit gewünscht“. Insgesamt gehe es dabei in einer 100 Betten-Einrichtung im Bundesdurchschnitt um acht Vollzeitstellen mehr, deren Umsetzung noch nicht geklärt sei (Siehe Übersicht 2).

Übersicht 2

Für eine 100 Bewohner-Einrichtung gilt im Bundesdurchschnitt:

Vollzeitstellen	Stand 2018	Mehrbedarf
Pflegefachpersonen	20	+1
Ausgebildete Pflegeassistenzkräfte (QN 3)	7	+11
Geringer qualifizierte Pflegeassistenzkräfte (QN 1 & 2)	14	+2
Gesamt (Mehrbedarf)	41	(+14)
Fachkraftquote (Anteil am Gesamtpersonal)	rund 50 %	38 %
davon sind in der Umsetzung offen (Jahr 2025 ff.)		8

QN 3 nach Landesrecht 1- bis 2-jährig ausgebildete Pflegehilfs- und -assistenzkräfte

QN 1 und 2 geringer qualifizierte Pflegehilfskräfte

Quelle: Folien Digitaler DEVAP-Personaldialog, Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki

Ergebnisse des Projekts zum neuen Personalbemessungsverfahrens (PeBeM), Universität Bremen

Weiter machte Kalwitzki deutlich, dass „zwischen den landesspezifischen Untergrenzen und den durch das GVWG vorgegebenen Personalobergrenzen Spielraum zur organisatorischen Weiterentwicklung liegt“. Dabei werde es nach den aktuellen Werten des § 113c SGB XI eine Konvergenz in Richtung der besten bestehenden Ausstattung und einen umfassenden Bestandsschutz für heute höhere Personalausstattungen geben.

Zur praktischen Erprobung der Auswirkungen von Mehrpersonaleinsatz und qualifikationsdifferenzierter Arbeitsorganisation auf die Pflegequalität wird der GKV-Spitzenverband im Herbst 2022 ein Modellprojekt in Auftrag geben, das schließlich auch zu Empfehlungen für ein gegebenenfalls überarbeitetes Personalbemessungsinstrument (Algorithmus 2.0) führen soll. Ziel sei es, dass Mitte 2023 ein Konzept für alle Einrichtungen bereitgestellt werde, welche Organisations- und Strukturmaßnahmen zur Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens anzugehen sind. Änderungen, betont Kalwitzki, müssen im laufenden Betrieb möglich sein. Mit der Hilfe „kleiner Schritte muss Druck rausgenommen werden“.

Letztlich wies er weiter darauf hin, dass die Regelungen zur Personalbemessung ab dem 1.7.2023 quantitative Obergrenzen als Kann-Regelungen darstellen. Bis mindestens 2026 gehe er nicht von einer verpflichtenden Umsetzung aus. „Politisch“, mahnt er, „müssen die Anstrengungen zur Ausbildung von Fach- und Hilfskräften verstärkt werden“ und „mehr Personal einzusetzen wird nur dort gelingen, wo eine kompetenzorientierte Arbeitsorganisation eingerichtet wird“. Letzteres berge das Potenzial, dass sich der Fachkrafteinsatz für Fachkrafttätigkeiten deutlich erhöhen werde, obwohl der personelle Fachkrafteinsatz im Bundesschnitt nur um 3,5 Prozent steige, die Fachkräfte aber durch den erhöhten Hilfs- und Assistenzkrafteinsatz entlastet werden.

Es gelte die Möglichkeiten zu nutzen: „Die Einrichtungen haben jetzt Zeit, attraktive Arbeitgeber zu werden und eine entsprechende transparente, verlässliche und effiziente Arbeitsorganisation einzurichten“ (Siehe Übersicht 3). >

Die Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens muss in einem schwierigen Umfeld gelingen. Denn es fehlt das Personal.

Ohne eine Finanzreform der Pflegeversicherung und eine Deckelung der Eigenanteile wird eine vollständige Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens schwierig.

Wilfried Wesemann

© Foto: DEVAP

Der DEVAP unterstützt!

Mit dem DEVAP Impulspapier zur Aufgabenverteilung und Qualifikation in der Pflege für ambulante und stationäre Träger sowie Pflegeschulen wurde im Juni 2022 eine Hilfestellung zum Thema Qualifikationsmix veröffentlicht (Siehe S. 54 ff.).

In Ländern mit einer bereits guten Personalausstattung, wie in Bayern, wird das neue Personalbemessungsverfahren in weniger Einrichtungen Wirkung entfalten.

Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki
Universität Bremen

© Foto: Lukas Klose

© Foto: iStock.com / BIM

Übersicht 3

Auf den Weg machen — Was ist zu tun?

I. Analyse der Arbeitsabläufe

Analyse des IST mit der Klärung:

- Wer erbringt aus welchem Grund welche Interventionen bei welcher/m Pflegebedürftigen und ist das fachlich korrekt?
- Welche Qualifikationsniveaus sind über- oder unterfordert – entweder in Qualität oder Quantität?

Diese Analyse ist unabhängig von den eingesetzten Personalmengen. Hierfür verwendet werden können die Dokumente aus dem Projekt „Entwicklung und Erprobung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen“:

- Handbuch zum Interventionskatalog
- Katalog der Qualifikationsanforderungen.

Der erste Softwareanbieter hat schon eine entsprechende Analyse- und Monitoringsoftware im Produktportfolio.

II. Gemeinsame Ziele für die Zukunft

Zusammen mit einer individuellen Kompetenzanalyse müssen Planungen vorgenommen werden, die Weiterentwicklung, Rekrutierung und Einsatz von (Mehr)Personal betreffen:

- Wie soll 10/ 20/ 30 % Mehrpersonal den Pflegealltag unserer Einrichtung verändern und welche Kompetenzen brauchen wir dafür?

Beispielhafte Maßnahmen können hier sein:

- Einrichtung einer qualifikationsgerechten Arbeitsorganisation zur Qualitätssicherung
- Kompetenzorientierte individuelle (Nach)Qualifikation zum Abbau von Überforderungen
- Entwicklung von stabilen Bezugspflegekonzepten unter Einbezug qualifizierter Hilfskräfte

III. Kompetenzorientierter Arbeitseinsatz

Als Vision für den Arbeitseinsatz einer modernen und zukunftsfesten Pflegeeinrichtung können stabile, digital moderierte, kompetenz- und qualifikationsdifferenzierte Strukturen dienen:

- Ziel ist eine professionell differenzierte ganzheitlich ausgerichtete Leistungserbringung anstatt einer starren Arbeitsteilung etwa nach der Architektur der Einrichtung.
- Über- und Unterforderung werden reduziert. Beachtet werden die persönlichen Fähigkeiten und Prioritäten der Pflegenden anstatt nur die formalen Qualifikationen.
- Erforderlich sind klare Rollendefinitionen, die von den Pflegenden angenommen und ausgefüllt werden (können).

Quelle: Präsentation Digitaler DEVAP-Personaldialog Bayern, Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki, Universität Bremen (04. Juli 2022)

Deutlich machte Kalwitzki abschließend, dass mit der Umsetzung der Personalanhaltszahlen des GVWG zusätzliche finanzielle Belastungen für die Heimbewohner*innen im Umfang von rund 250 Euro/Monat entstehen. „Bereits im dritten Quartal 2023 wird die Preisentwicklung alle vom Gesetzgeber vorgesehenen Entlastungen aufgezehrt haben.“

> Das neue Personalbemessungsverfahren muss als Chance für die Mitarbeiter*innenzufriedenheit genutzt werden. Diese Chance dürfen wir nicht verpassen. Es ist ohne Alternative.
>
> ***Wilfried Wesemann***

Take-Home-Messages

01 Das Personalbemessungsverfahren ist ein weiterer Schritt zur **nachhaltigen** Entwicklung der Pflege.

02 Rekrutierung und refinanzierter Einsatz von Mehrpersonal sind (noch) keine Verpflichtungen, sondern eine Möglichkeit.

03 Einrichtungen können diese Möglichkeit nutzen, um attraktive Arbeitgeber zu werden und hierzu eine transparente, verlässliche und effiziente Arbeitsorganisation einzurichten.

04 Vision hierfür ist ein qualifikations- und kompetenzgerechter Arbeitseinsatz, für den bereits heute durch Kompetenz- und Ablaufanalysen und Rollendefinitionen die Weichen gestellt werden können.

05 Versuchen Sie daher die erforderlichen Modernisierungsprozesse schon jetzt (pro)aktiv mitzugestalten!

Quelle:
Präsentation Digitaler DEVAP-Personaldialog Bayern, Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki, Universität Bremen (04. Juli 2022)

Aufgabenverteilung und Qualifizierung in der Pflege

DEVAP-Impulspapier „Qualifikationsmix neu denken“ als Unterstützung, um einen kompetenzorientierten Qualifikationsmix schon heute umzusetzen

Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025
Strukturreform Personal

AUTOREN · ***Sonja Schneider-Koch & Katharina Voß***

© Foto: iStock.com / dit26978

> Eine qualitativ hochwertige Versorgung in allen Bereichen der Pflege muss erklärtes Ziel aller sein, um den steigenden Pflegebedarf bei geringer Personalausstattung auch künftig decken zu können.

DEVAP-Impulspapier
„Qualifikationsmix neu denken“

Die ambulante und stationäre Langzeitpflege steht vor großen Herausforderungen und Entwicklungen, welche zeitnah und zwingend eingeleitet werden müssen. Dabei sind verschiedene Faktoren ursächlich: Die Einführung der generalisierten Ausbildung, die neuen Vorbehaltsaufgaben, die Akademisierung in der Pflege und auch die Einführung der Personalbemessung nach § 113c SGB XI. Dies sind Umbrüche, die eine veränderte Gewichtung im Personaleinsatz zwischen Pflegefach-, Pflegeassistenz- sowie Pflegehilfspersonen und damit eine Neuordnung des professionellen Miteinanders mit sich bringen.

Die verschiedenen Aspekte sind hilfreich, um ganzheitliche Veränderungsprozesse anzustoßen – hier sind Politik und Praxis gleichermaßen in der Pflicht.

Rückblick DEVAP-Fachtagung am 8. Juni 2022 in Kassel

© Foto: DEVAP

© Foto: DEVAP

© Foto: DEVAP

Der DEVAP veröffentlichte auf seiner Fachtagung „Qualifikationsmix neu denken“ am 08.06.2022 in Kassel ein **Impulspapier zur Aufgabenverteilung und Qualifikation in der Pflege für ambulante und stationäre Träger sowie Pflegeschulen**. Die 90 Teilnehmenden diskutierten mit den Referent/innen über den künftigen kompetenzorientierten Personaleinsatz und die jeweiligen Chancen und Hürden.

Einführung der kompetenzorientierten Aufgabenzuordnung

Die Einführung des Qualifikationsmixes sollte im Rahmen eines umsichtigen Organisationsentwicklungs- und Changeprozesses beim ambulanten und stationären Träger erfolgen, da der bedarfsorientierte Qualifikationsmix Veränderungsprozesse anstoßen wird. Dies betrifft die Mitarbeitenden, das Team, die Abteilung, die Führungskräfte sowie die gesamte Organisation.

Eine intensive analytische Auseinandersetzung mit der eigenen Unternehmenskultur, den jeweiligen Kompetenzen innerhalb der verschiedenen Hierarchieebenen sowie eine Analyse der individuellen Arbeitsabläufe ist zwingend damit verbunden.

Dies kann bspw. unter folgenden Fragestellungen erfolgen:

- Welche Auswirkungen hat der Qualifikationsmix auf die Zusammenarbeit im Pflegeteam?
- Wie muss eine Organisation gestaltet sein, damit das qualifikationsgemixte Pflegeteam seine Aufgaben gut erfüllen kann?
- Welche Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, um den Versorgungsprozess durch ein qualifikationsgemixtes Pflegeteam zu unterstützen und den Qualifikationsmix in der Pflege zu sichern?

Veränderungen werden durch die Beteiligten unterschiedlich bewertet und angenommen. Dem gilt es rechtzeitig durch eine kontinuierliche Kommunikation, Partizipation, Wertschätzung und ggf. weiteren Maßnahmen zu begegnen. Hinzu kommt, dass engagierten Pflegefachpersonen weiterhin Wege für Aufstiegsmöglichkeiten offen gehalten werden müssen, auch wenn akademisierte Pflegefachpersonen eingesetzt werden. Dies gilt darüber hinaus für alle Mitarbeitenden in der Pflege und Betreuung im Sinne des lebenslangen Lernens.

Impulse für eine erfolgreiche Neustrukturierung

Um zukünftig den Pflegefachpersonen, die im Rahmen der Generalistik und der Pflegestudiengänge an den Hochschulen ausgebildet werden, eine berufliche Perspektive bieten zu können, bedarf es der Betrachtung der eigenen Organisations- und Ablaufstruktur. Ebenso bedarf es eines Klärungsprozesses, wie die Versorgung der Pflegebedürftigen auch in Zukunft qualitätsgesichert erbracht werden kann.

Dazu gehören Aspekte wie:

- Stärkung der Beratungskompetenz der Mitarbeitenden und der Institution durch Qualifizierung und Geschäftsfeldentwicklung.
- Abstimmung zwischen leistungsnotwendigem Kompetenzprofil und personellen Ressourcen mit entsprechendem Personaleinsatz.
- Schaffung einer innerbetrieblichen Organisationsstruktur, die die Gleichwertigkeit und Bedeutung der einzelnen Leistungen berücksichtigt. In der Konsequenz bedeutet dies die Auflösung des „Bauchladens“ hin zu strukturierten Abteilungen mit eigenständigen und verantwortlichen Leitungen.
- Ausbau der Digitalisierung in der Pflege: Etablierung digitaler Hard- und Software, die zu Arbeitsentlastung und größerer Eigenständigkeit von Pflegenden beiträgt sowie zur Prozesssteuerung und Qualitätsentwicklung vollumfänglich genutzt werden kann.

- Durchführung eines Organisationsentwicklungsprozesses in den Einrichtungen, welcher den Pflegefachpersonen professionsspezifische Arbeiten zuordnet, insbesondere die Steuerung von hochkomplexen Pflegeprozessen und die Anleitung und Aufsicht von Pflegeassistenzpersonen.
- In selbstorganisierten und verantwortlichen Teams/Kleingruppen übernehmen Pflegefachpersonen die Leitung und Aufsichtsfunktion.
- Neben der Regelversorgung findet Spezialisierung bspw. in den Bereichen Palliative Care, Wundversorgung, Beratung, Demenz, Diabetes statt. Dies erhöht die Attraktivität des Trägers als Arbeitgeber und ermöglicht die konsequente Ausweitung des Versorgungsgebietes.
- Konsequente qualitativ hochwertige Ausbildung, Beförderung und Implementierung von Teilhabe- und Partizipationsprozessen, Aufbau von Quartiersangeboten, Förderung der „Caring Community“
- Nutzung aller Möglichkeiten der Dienstplanoptimierung durch Einführung verlässlicher Dienstplanung, Abschaffung geteilter Dienste, Förderung der Teilzeitmöglichkeiten, Etablierung der Aspekte zur Vereinbarung Familie und Beruf.

Ausblick

Diese zentralen Aspekte zur Etablierung eines kompetenzorientierten Qualifikationsmixes könnten die ambulanten und stationären Träger einrichtungsindividuell und gemeinsam mit den Teams schon heute umsetzen. Ein „Weiter so“ ist nicht zielführend, vor allem auch die ambulante Pflege ist hier als präferierte Versorgungsform gefordert, Veränderungsprozesse anzustoßen und den Personaleinsatz anhand der Kompetenzen neu zu strukturieren.

Eine qualitativ hochwertige Versorgung in allen Bereichen der Pflege muss erklärtes Ziel aller sein, um den steigenden Pflegebedarf bei geringer Personalausstattung auch künftig decken zu können.

DEVAP Publikationen

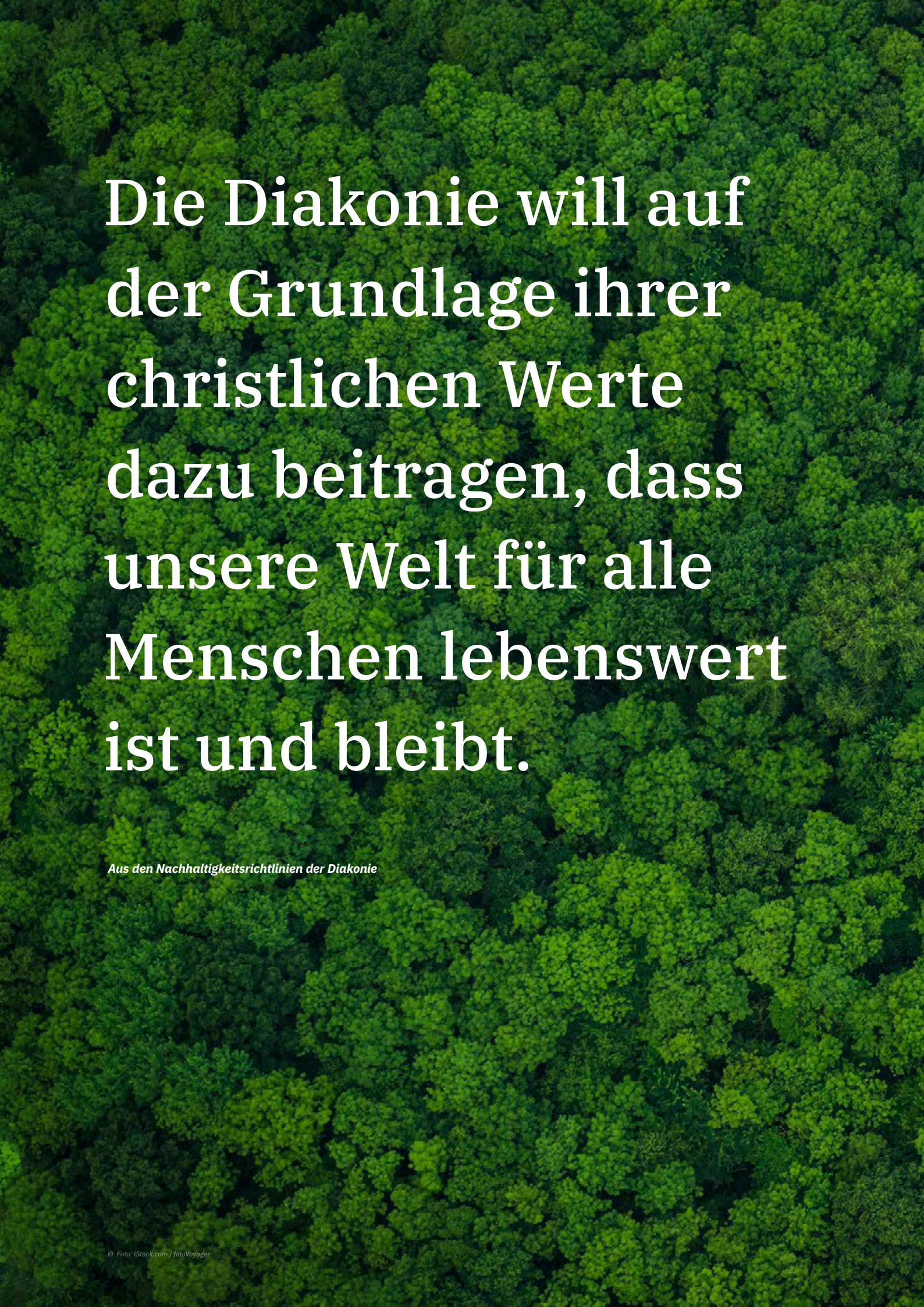
Der DEVAP hat im Oktober 2020 sein **„Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025“** mit sieben Forderungen zur Weiterentwicklung der Pflege veröffentlicht. Eine dieser Forderungen lautet ***„Einheitliches Personalaufbaukonzept entwickeln: Ausreichend Personal und professionalisierte Mitarbeitende“***. Hierzu wurde bereits ein Forderungspapier im Januar 2022 und nun das DEVAP-Impulspapier für Träger und Pflegeschulen veröffentlicht.

Veranstaltung

21. Februar 2023

Fachtagung
„Qualifikationsmix neu denken“
in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Hamburg

Hamburg



Die Diakonie will auf der Grundlage ihrer christlichen Werte dazu beitragen, dass unsere Welt für alle Menschen lebenswert ist und bleibt.

Aus den Nachhaltigkeitsrichtlinien der Diakonie

© Foto: iStock.com / fotoVoyager

LEITLINIEN FÜR NACHHALTIGKEIT

Konferenz Diakonie und Entwicklung verabschiedet Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die Diakonie

Pflege- und Gesundheitsbereich kann zum Schutz der Umwelt viel beitragen

© Grafiken: iStock / Designer

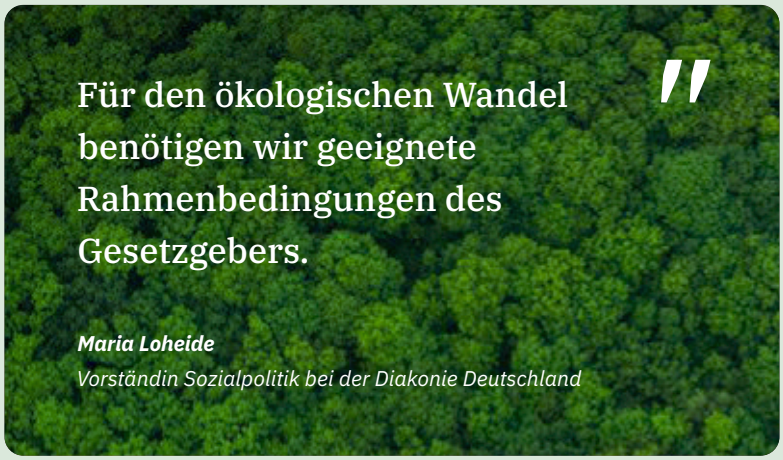
© Foto: DEVAP

AUTORIN · **Maria Loheide**

Die Diakonie und der DEVAP bekennen sich klar zu mehr Nachhaltigkeit. Verabschiedet wurden die „Nachhaltigkeitsleitlinien für die Diakonie“. Der Klimawandel und eine zukunftsfähige Gestaltung der notwendigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Transformation der Gesellschaft stellt Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weltweit vor enorme Herausforderungen. Im Dezember 2020 hat die EU beschlossen, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990 zu senken. Die damit gesetzten Ziele muss Deutschland entsprechend umsetzen. Insbesondere in den Bereichen Immobilien und Verkehr hinkt unser Land hinterher.

Von dieser Entwicklung sind auch die diakonischen Einrichtungen und Dienste betroffen. Als große Immobilieneigner/-nutzer mit teils großen Fahrzeugflotten sowie als Großverbraucher tragen sie nicht unerheblich zum Treibhausgasausstoß in Deutschland bei. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die Diakonie.

Wir alle können und müssen tagtäglich einen Beitrag dazu leisten, dass „unsere Welt für alle Menschen lebenswert ist und bleibt“ heißt es daher gleich im Punkt 1 der im letzten Herbst durch die Konferenz Diakonie und Entwicklung verabschiedeten Nachhaltigkeitsleitlinien der Diakonie.



Uns ist bewusst, dass alles was wir heute tun, Konsequenzen für Menschen hier und anderswo wie auch für spätere Generationen hat. Die sozialen und die ökologischen Aspekte im Sinne der Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen sind zusammen zu denken.

Wir verstehen das Thema Klimaschutz als wichtiges strategisches Thema, als zeitgemäßen Ausdruck unserer Werte und als Beitrag zur notwendigen sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft. Wir setzen uns politisch für einen sozial gerechten Klimaschutz ein. Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, die ohnehin einen vergleichsweise geringen ökologischen Fußabdruck haben, dürfen durch steigende Kosten nicht überproportional belastet und zusätzlich benachteiligt werden. Dafür stehen wir in der Diakonie!

Mehr Informationen

Nachhaltigkeit – Infoportal der Diakonie Deutschland
www.diakonie.de/nachhaltigkeit

Nachhaltigkeitsleitlinien der Diakonie

Berlin, 14. Oktober 2021 (gekürzte Fassung)

01 Die Diakonie will auf der Grundlage ihrer christlichen Werte dazu beitragen, dass unsere Welt für alle Menschen lebenswert ist und bleibt. Gestärkt und motiviert durch ihren Glauben geht die Diakonie diese Aufgabe mit der erforderlichen Zuversicht, Gestaltungskraft und Beharrlichkeit an.

02 Die Diakonie orientiert sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und leistet einen großen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele in Deutschland – zum Beispiel im Gesundheitswesen.

03 Die Diakonie setzt sich für einen ambitionierten und sozial gerechten Klimaschutz sowie den Erhalt der Biodiversität ein. Sie verpflichtet sich, bis spätestens 2035 selbst klimaneutral zu sein.

04 Die wichtigsten Handlungsfelder sind Immobilien, Liegenschaften und Wohnen, Mobilität, Landwirtschaft, nachhaltige Kapitalanlagen sowie eine Beschaffung, die Menschen und Arbeitsrechte achtet und die Ressourcen schont.

05 Einen Schwerpunkt legt die Diakonie auf den Bereich Bildung und versteht sich grundsätzlich als Multiplikatorin und „Anstifterin“ für ein schöpfungsbewusstes Handeln.

06 Die diakonischen Unternehmen, Einrichtungen, Dienste und Verbände gehen diese Handlungsfelder gezielt und systematisch an. Sie verstehen Nachhaltigkeit als festen Bestandteil ihres unternehmerischen Handelns und Qualitätsmanagements.

07 Um eine flächendeckende Umsetzung zu unterstützen, setzt sich die Diakonie auf allen Ebenen und im Austausch mit den verschiedenen relevanten Akteuren für förderliche, politische und finanzielle Rahmenbedingungen ein.

© Fotos: iStock.com / fotoVoyager

Klimaschutz in der Pflege
DEVAP und VKAD fordern sichere Refinanzierung

© Foto: DEVAP

„Mit dem von Diakonie und Caritas erklärten Ziel der Klimaneutralität sind die Träger der Langzeitpflege zur besonderen Verantwortung für die Welt von morgen aufgerufen“, weist **Wilfried Wesemann**, Vorstandsvorsitzender des DEVAP, hin.

Zusammen mit dem VKAD will der DEVAP eine Verankerung des Klimaschutzes in den Sozialgesetzbüchern wie auch dessen Refinanzierung. Die für den Klimaschutz notwendigen Investitionen müssen in den Pflegesatzverhandlungen berücksichtigt werden.

© Foto: VKAD

„Es ist jedoch keine Lösung, die höheren Kosten auf die Pflegebedürftigen abzuwälzen“, stellt die VKAD-Vorstandsvorsitzende **Eva-Maria Güthoff** klar. Es bedarf daher einer Deckelung des finanziellen Eigenanteils der Pflegebedürftigen und einer Finanzreform der Pflege.

Die Klimaneutralität nehmen wir mit hoher Priorität in Angriff. Als Diakonie bieten wir zahlreiche soziale Dienstleistungen an. Insbesondere in den Bereichen Immobilien, Liegenschaften und Wohnen, Mobilität, Land und Forstwirtschaft, nachhaltige Kapitalanlagen sowie einer Beschaffung, die weltweit Menschen und Arbeitsrechte achtet und die Ressourcen schont, haben wir viel Potential.

Mit Hilfe von Umweltmanagementsystemen, Klimaschutzmaßnahmen oder dem gezielten Einkauf fair gehandelter Produkte haben sich viele diakonische Einrichtungen bereits auf den Weg gemacht. Es ist beeindruckend, was bereits schon heute in diakonischen Unternehmen und Einrichtungen geleistet wird.

> Die Pflege hat eine besondere Verantwortung für die Welt von morgen. „
>
> ***Wilfried Wesemann***
> *Vorstandsvorsitzender des DEVAP*

Wir müssen jetzt die Chance ergreifen, um unser Pflege- und Gesundheitssystem sozial wie auch umweltfreundlich zu gestalten. Das ist eine enorme Aufgabe, der wir uns annehmen müssen. Dabei sind wir aus Überzeugung gerne ein Teil der Lösung!

Damit Einrichtungen den ökologischen Wandel proaktiv und erfolgreich angehen können, benötigen wir aber auch geeignete Gelingens- und Rahmenbedingungen seitens des Gesetzgebers. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Refinanzierung der nötigen Investitionen. Dabei sind sowohl die in den Sozialgesetzbüchern festgeschriebenen Refinanzierungsbedingungen als auch die Förderprogramme entsprechend auszugestalten. Bisher sieht die Logik der Refinanzierung wenige Spielräume dafür vor, um ambitionierte Nachhaltigkeitsmaßnahmen durchzuführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeit gleichberechtigt neben Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit als Grundprinzip in die Sozialgesetzbücher mit aufgenommen wird. Und weil die Zeit drängt, müssen kurzfristig zusätzliche Förderprogramme aufgelegt und ausgebaut werden.

Gestärkt und motiviert durch unseren Glauben gehen wir diese Aufgaben mit Zuversicht, Gestaltungskraft und Beharrlichkeit an. Eine wesentliche Grundlage hierfür sind unsere christlichen Werte. Denn für die Diakonie gehören auch die Bewahrung der Schöpfung und verantwortungsvolles Wirtschaften zum christlichen Selbstverständnis.

Unser gemeinsames Ziel:

NACHHALTIGKEIT RICHTIG MACHEN – WEIL ES ZU IHNEN PASST. AUS ÜBERZEUGUNG.

Nachhaltigkeit ist mehr als eine Pflicht – es ist eine große Chance, für und mit Ihrem Unternehmen einen Unterschied zu machen.
Und wir sind uns sicher: Wir finden vieles, worauf Sie aufbauen können. Mit unseren Tools, wie zum Beispiel dem effizienten Curacon ESG-Radar, und unserer Erfahrung navigieren wir Sie durch die Anforderungen und stellen sicher, dass das Ergebnis nicht nur die künftige Pflicht zur Berichterstattung erfüllt, sondern einen Unterschied macht. Für Ihr Unternehmen, Ihre Einrichtung, Ihre Mitarbeiter:innen.

CURACON
WIRTSCHAFTSPRÜFUNG UND BERATUNG

DIGITALISIERUNG

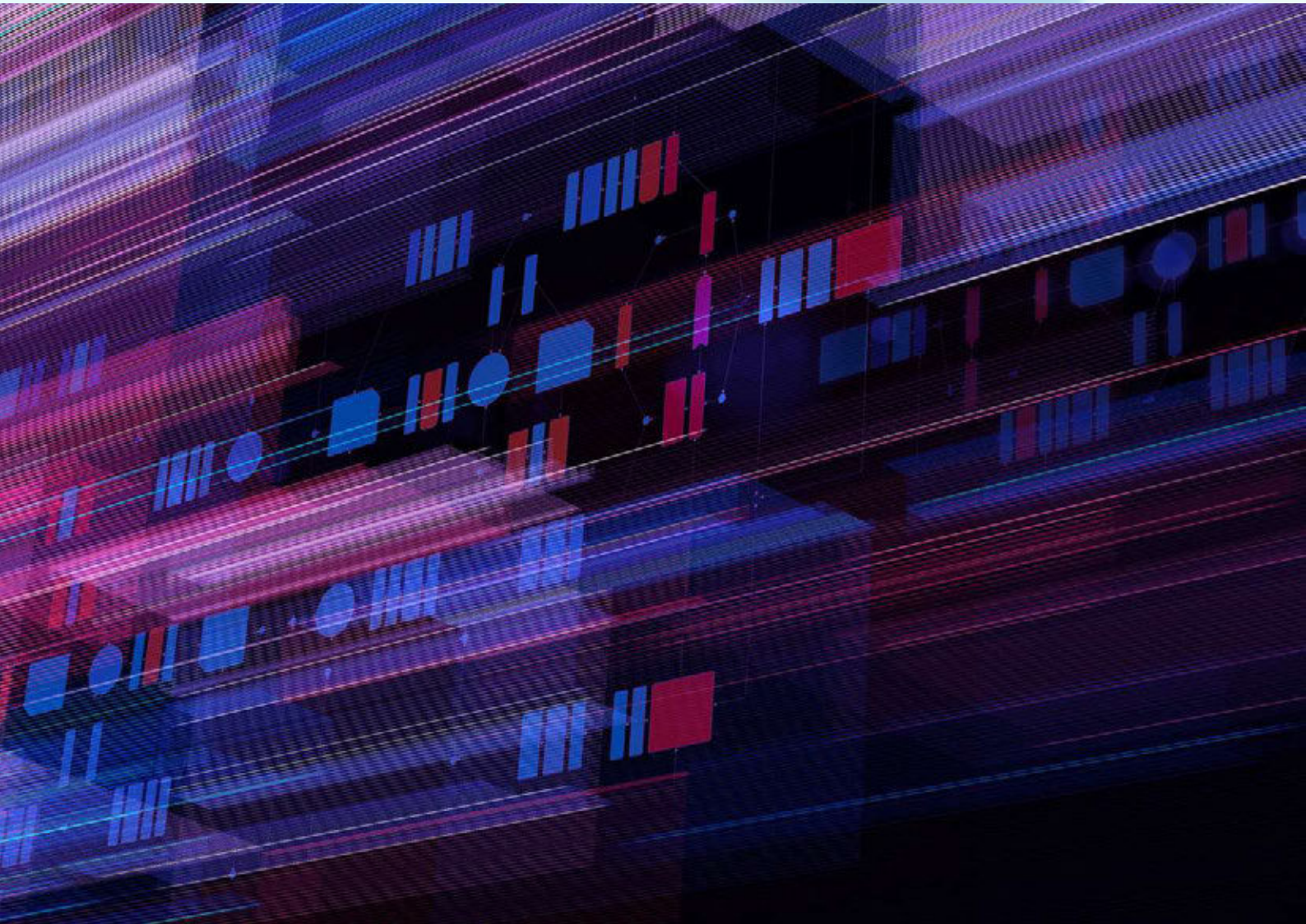
Digitalisierung der Pflege endlich im Fokus

„Kompetenzzentrum Digitale Pflege“ etablieren

Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025
Strukturreform Digitalisierung

AUTORIN · ***Anna Leonhardi***

© Foto: iStock.com/Peshkova; iStock.com/spainter_vfx



Die Ampelkoalition hat der Digitalisierung der Pflege eine hohe Bedeutung zugewiesen. Entsprechend sieht der Koalitionsvertrag eine regelmäßig fortgeschriebene Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen und in der Pflege vor.

Dieses Vorhaben greift die DEVAP-Arbeitsgruppe Digitalisierung, welche 2018 gegründet wurde, auf und bringt sich in die politische Diskussion dazu aktiv ein. Im Fokus steht hierbei die dringend notwendige Refinanzierung von Investitionen der Träger und Pflegeschulen in digitale Ausstattung und Knowhow der Mitarbeitenden. Zentrale Forderung ist zudem die Einbindung der Pflegeexpertise in die Entwicklung der zentralen Digitalisierungsstrategie. Parallel wurde für die Mitgliedschaft ein Fragebogen zu Best Practice Beispielen, digitalen Standards und Bedarfen entwickelt, welcher Anfang 2023 veröffentlicht werden soll. Die Rückmeldungen dienen der Strukturierung und Fokussierung der künftigen AG-Arbeit. Zur Erweiterung der Vernetzung engagiert sich Anna Leonhardi mittlerweile auch als Mitglied in der BAGSO Fachkommission Digitalisierung zum Thema.

Verbändebündnis „Digitalisierung in der Pflege“

Das Verbändebündnis „Digitalisierung in der Pflege“, in welchem der DEVAP e.V. Gründungsmitglied ist, setzt sich weiterhin dafür ein, die Beteiligten des Pflegesektors aktiv in diesen Strategieprozess einzubeziehen.

Bei einem Treffen mit Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach am 13. Juni 2022 im Gesundheitsministerium in Berlin machten Vertretende des Bündnisses deutlich, welche Chancen die Digitalisierung gerade für Pflegebedürftige und Pflegende bietet. Zugleich wurde auf die besonderen Hürden, etwa bei der technischen Ausstattung der Einrichtungen, der Anerkennung digitaler Dokumente und der Refinanzierung, hingewiesen.

Über das Verbändebündnis „Digitalisierung in der Pflege“

Um die Digitalisierung auch in der Pflege in Deutschland voranzubringen, haben sich Verbände aus dem Sozial-, Pflege- und Gesundheitswesen im Jahr 2020 zum Bündnis „Digitalisierung in der Pflege“ zusammengeschlossen.

Das Bündnis setzt sich zusammen aus dem Bundesverband Gesundheits-IT – bvitg und dem Verband der diakonischen Dienstgeber in Deutschland (VdDD) als Initiatoren sowie den Gründungsmitgliedern Deutscher Pflegerat (DPR), Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP), Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung (Digitalverband FINSOZ), Verband für Digitalisierung der Sozialwirtschaft (vediso) und dem Verband katholischer Altenhilfe in Deutschland (VKAD).

© Foto: BMG/Frank Woelffing

> Wichtig ist zudem, das projektbezogene Denken zu überwinden und die Digitalisierung ganzheitlich und strukturell anzugehen.

© Foto: iStock.com/spainter_vfx

Fünf strategische Ziele

Das Bündnis setzt sich dafür ein, die Digitalisierungsstrategie für die Pflege an fünf übergeordneten Zielen auszurichten, darunter die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, eine bessere pflegerische Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Die flächendeckende technische Infrastruktur in den pflegerischen Einrichtungen müsse sichergestellt werden, ebenso Nachhaltigkeit und eine stabile Refinanzierung der Digitalisierungskosten. Hierzu hat das Bündnis im Juni 2022 ein Konzeptpapier eines Nationalen Strategieplans veröffentlicht.

01_ Prävention

02_ Versorgung

03_ Arbeitsbedingungen

04_ Infrastruktur & Innovation

05_ Wirtschaftlichkeit & Nachhaltigkeit

Kompetenzzentrum Digitale Pflege

Wichtig ist zudem, das projektbezogene Denken zu überwinden und die Digitalisierung ganzheitlich und strukturell anzugehen. Für das Gelingen entscheidend ist das Mitwirken und die Expertise aller Beteiligten, etwa der Pflegebedürftigen, Pflegenden, Leistungserbringer sowie der IT- und Softwarehersteller. Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Bündnis die Einrichtung eines „Kompetenzzentrum Digitale Pflege“. Das Zentrum soll als beratende und Orientierung gebende Organisationsstruktur beim Bundesgesundheitsministerium angesiedelt sein und die diversen Stakeholder über ein Expertengremium kontinuierlich einbeziehen. Aufgabe des Kompetenzzentrums Digitale Pflege wäre es, den Einsatz digitaler Technologien in der Pflege zu analysieren und auszuwerten, strategische Teilziele zu formulieren sowie operative Maßnahmen zu planen, umzusetzen und zu evaluieren.

Der DEVAP e.V. wird sich auch weiterhin für das Thema Digitalisierung in der Pflege engagieren. Auch die DEVAP-Mitgliederbefragung 2022 hat gezeigt (Siehe S. 41 ff.), dass das Thema mittlerweile als ein zentraler Schwerpunkt der Verbandsarbeit auf Bundesebene gesehen wird.

Publikation

© Foto: iStock.com/spainter_vfx

Positionspapier
Verbändebündnis Digitalisierung in der Pflege

GASTBEITRAG
VON DETLEF FRIEDRICH

„Neues Storytelling“ für die Pflege
Wir brauchen einen Raum für gemeinsame Dialoge

Was ist gemeint, wenn von „Die Pflege“ geredet wird? Was will und fordert diese? Wie kann das umgesetzt werden? Benötigen wir hierfür eine neue Form der Zusammenarbeit? Wir haben Detlef Friedrich gefragt, was für ein Storytelling er sich für die Pflege wünscht.

Detlef Friedrich
Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der contec GmbH

„Gesundheitspolitik hat viel mit Machtfragen zu tun. Die Pflege sieht dabei nicht gut aus“, machte **Prof. Dr. Heinz Rothgang** von der Universität Bremen auf dem Hauptstadtkongress 2022 deutlich. Die Pflege müsse sich *„besser aufstellen“*. Sie müsse eine bessere Organisation hinbekommen. *„Dann wird sie anders akzeptiert“*, rät Rothgang.

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, forderte auf dem gleichen Kongress: *„Die Profession Pflege muss mitbestimmen können“*. Das Gesundheitssystem sei jedoch ein *„zutiefst hierarchisches System, es sieht und fühlt sich heute an wie vor 40 Jahren“*. Die Profession Pflege fordere dazu auf, die Hierarchien aufzubrechen und die Profession mitbestimmen zu lassen.

Der **„Stern“** schrieb am 24. September 2021[1]: *„Ihr müsst euch politisch organisieren, um eure Schlagkraft zu stärken. An den Pflegekammern, die euch geringe Monatsbeiträge kosten werden und die viele von euch deshalb nicht wollen, führt leider kein Weg vorbei. Nur so funktioniert Politik“.*

> War die Reise zum Mond einfacher als das Gesundheitswesen zu einem gemeinsamen Ziel zu bewegen? ___

[1] *Was in der Pflege passieren muss – fünf Forderungen | STERN.de*

> Wir benötigen einen „Raum“, um die Lösungsdialoge zwischen den an der Pflege Beteiligten zu führen.

Was ist gemeint?

Wenn von „Die Pflege“ die Rede ist, dann herrscht immer wieder eine Mehrdeutigkeit vor. Ist es die Branche und deren Organisation, sind es die Leistungen, die für die Menschen erbracht werden oder sind es die Mitarbeitenden in der Pflege, die Profession? In dieser Gemengelage ist es schwierig, klare Forderungen an die Politik zu adressieren, zumal diese Forderungen auch auseinandergehen.

Geht es allerdings vorwiegend um die Profession Pflege, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege, so gab es verschiedene Versuche, durch die Einführung einer berufsständischen Kammer eine Organisation zu installieren, deren Struktur und Kompetenz im Rahmen der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen geregelt ist und die gleichzeitig die Aufgaben einer berufsständischen Selbstverwaltung übernimmt. Andere alteingesessene Kammerorganisationen zeigen regelmäßig ihre Macht. Die Politik hält sich bei diesen weitgehend bedeckt – und raus. Davon ist sie bei „der Pflege“ weit entfernt. Die Pflege ist nach wie vor oft fremdbestimmt.

Mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz gibt es aktuell nur noch eine Kammer, zwei weitere in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind mittlerweile gescheitert. Sie wurden aufgelöst. Weil die Profession sie nicht akzeptiert und die Politik wie auch die Gewerkschaften und manche Trägerverbände nicht dahintergestanden haben. In Nordrhein-Westfalen ist eine Pflegekammer aktuell in ihrem Entstehungsprozess und mit politischer Unterstützung weit vorangeschritten.

> Gewinnen können wir alle nur mit guten Ideen und Lösungen.

Wir brauchen einen Raum für den Dialog

Wir alle wissen, dass die Forderungen „der Pflege“ mitunter stark auseinandergehen. „Die Pflege“ will beteiligt sein. Sie muss es auch. Davon ist sie jedoch weit entfernt. Sie darf überwiegend Stellungnahmen abgeben. Mitentscheiden ist jedoch etwas anderes. Die politischen Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gremien auf Bundes- und Landesebene sind wichtig. Ins Zentrum rücken sollte aber noch vielmehr die pflegerische Versorgung selbst, deren „Wirkung“ in den nächsten Jahren maßgeblich ist und für die es sowohl Fachkräfte als auch geänderte Versorgungsstrukturen braucht.

Hierfür benötigen wir einen „Raum“, um diese Dialoge zwischen den an der Pflege Beteiligten zu führen. Verstanden werden sollte dies als Zusammenschluss aller Partner der Pflege – weit über die Profession hinaus. Von einem solchen Zusammenschluss ist man jedoch nach wie vor weit entfernt. Christine Vogler hat das Gesundheitssystem als „ein zutiefst hierarchisches System“ bezeichnet. Deshalb müssen diese Dialoge auf Augenhöhe und insbesondere von Jüngeren geführt werden, da sie es sind, die die Pflege der Zukunft leisten werden und das System regional verändern und neugestalten müssen.

Wenn z. B. die Arbeitsagentur Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umsetzen möchte, spricht sie regional die Handwerkskammer oder die IHKs an. Wen spricht sie im Gesundheitswesen an? Wen bei den Pflegeberufen? Sie ist gezwungen, Runde Tische einzuberufen, die sich mehr oder weniger kakophonisch äußern. Schlagkraft ist etwas anderes.

Geschaffen werden können – regionale – Strukturen, die aufgrund ihrer Zusammenarbeit, ihrer Organisation und vor allem aufgrund ihrer Idee von der Politik akzeptiert werden – und für sinnvolle Innovationen auch abseits von den großen Modellvorhaben Platz schaffen.

> Das Gesundheitssystem sieht und fühlt sich heute an wie vor 40 Jahren.
>
> ***Christine Vogler***
> *Präsidentin des Deutschen Pflegerats*

Gemeinsam bedeutende Ziele umsetzen

Machen wir uns eines deutlich: Die Zukunft kann nur eine Zukunft der besten Ideen und Lösungsmöglichkeiten sein, bei der die Pflege- und Behinderteneinrichtung, der Pflegedienst, die Wohngemeinschaft, das Quartier, das Krankenhaus oder die Rehabilitationseinrichtung über den eigenen Tellerrand schauen, um gemeinsame Lösungen zu schaffen, auch für das zentrale Problem des Personalmangels. Benötigt wird ein neues Storytelling für die Pflege.

John F. Kennedy hat 1961 in seiner berühmten Mond-Rede deutlich gemacht, bis zum Ende des Jahrzehnts nicht nur einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen, sondern ihn auch wieder sicher zurück zur Erde zu bringen. Das wurde auch erreicht. Weil es eine gemeinsame Kraftanstrengung aller war.

Manchmal scheint dies eine einfachere Aufgabe gewesen zu sein, als das Gesundheitswesen und die „Pflege in Deutschland“ zu einem gemeinsamen Ziel zu bewegen. Es gilt im Rahmen einer neuen Zusammenarbeit die Ressourcen besser zu nutzen und Systemgrenzen aufzulösen. Deutschland muss sich dem Ziel verschreiben, bis zum Ende des Jahrzehnts alle seine Bemühungen auf die Sicherung der pflegerischen Versorgung zu richten. Hierzu benötigen wir Menschen, die in der Pflege das Ruder herumreißen, einen Unterschied machen.

Zusammenfassend brauchen wir eine klare und kraftvolle Abstimmung in der Branche, bevor jede und jeder einzelne selbst tätig wird. Geprägt sein muss diese von einem klaren gemeinsamen Ziel für die pflegerische Versorgung in Deutschland.

Legen wir das Konkurrenz- und Statusdenken beiseite. Schließen wir uns in Lösungsdialogen zusammen. Wetteifern wir nunmehr um die besten Ideen und Lösungen anstatt um Plätze in Gremien und Institutionen, auch wenn diese wichtig sind. Sind unsere Ideen und Lösungen stark und werden von vielen unterstützt, dann können sie auch umgesetzt werden.

Das benötigt aber Strukturen für gemeinsame Dialoge auf Augenhöhe. Treten wir ein in den Dialog, wie wir das dringendste Thema unserer Branche bewältigen können: Die Gewinnung und das Halten von Personal.

DEVAP INTERN

Diakonie Deutschland und DEVAP
fordern Umsetzung des Koalitionsvertrages

#Pflegebraucht Aufwind

*AUTORIN · **Katharina Voß***

Unter dem Motto **„Pflege braucht Aufwind“** forderten am Internationalen Tag der Pflegenden am 12. Mai 2022 Mitarbeitende der Diakonie in ganz Deutschland bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Sie ließen an rund 250 Standorten Ballons als Mahnung an die Politik steigen, den Ankündigungen im Koalitionsvertrag endlich Taten folgen zu lassen. Gemeinsam haben sich **Diakonie Deutschland** und der **DEVAP** positioniert.

Spätestens die Erfahrungen aus der Corona-Krise müssen zu einem Umdenken in der Pflegepolitik führen. Ein „weiter so wie zuvor“ darf es nicht geben:

> „Wir brauchen endlich ein Gesamtpaket, um die Pflege für die Zukunft besser aufzustellen und diese Sorgearbeit gesamtgesellschaftlich anzuerkennen und wertzuschätzen.

Entsprechend sind dringend notwendige Zukunftsentwicklungen zeitnah auf den Weg zu bringen, um gleichwertige Lebensverhältnisse für hilfs- und pflegebedürftige Menschen in Deutschland zu schaffen und die Pflegeversicherung zukunftsfest weiterzuentwickeln.

Wilfried Wesemann
Vorstandsvorsitzender DEVAP e.V.

Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ist längst überfällig. Notwendig sind Maßnahmen, die kurzfristig spürbare Verbesserungen im Pflegealltag bewirken und die Weichen für notwendige Reformschritte stellen:

© Foto: DEVAP

> Wer alte und kranke Menschen pflegt, muss sich darauf verlassen können, dass Gesellschaft und Politik sie nicht im Regen stehen lassen.

Bonuszahlungen als steuerfreie Prämie sind ein wichtiges, anerkennendes Signal, ersetzen aber die Entlastung durch ausreichend Personal und gute Löhne nicht.

Maria Loheide
Vorstand DEVAP e.V.

© Fotos: DEVAP

© Foto: iStock.com/hadynyah

STUDIENERGEBNISSE

Flächendeckenden präventiven Hausbesuch einführen

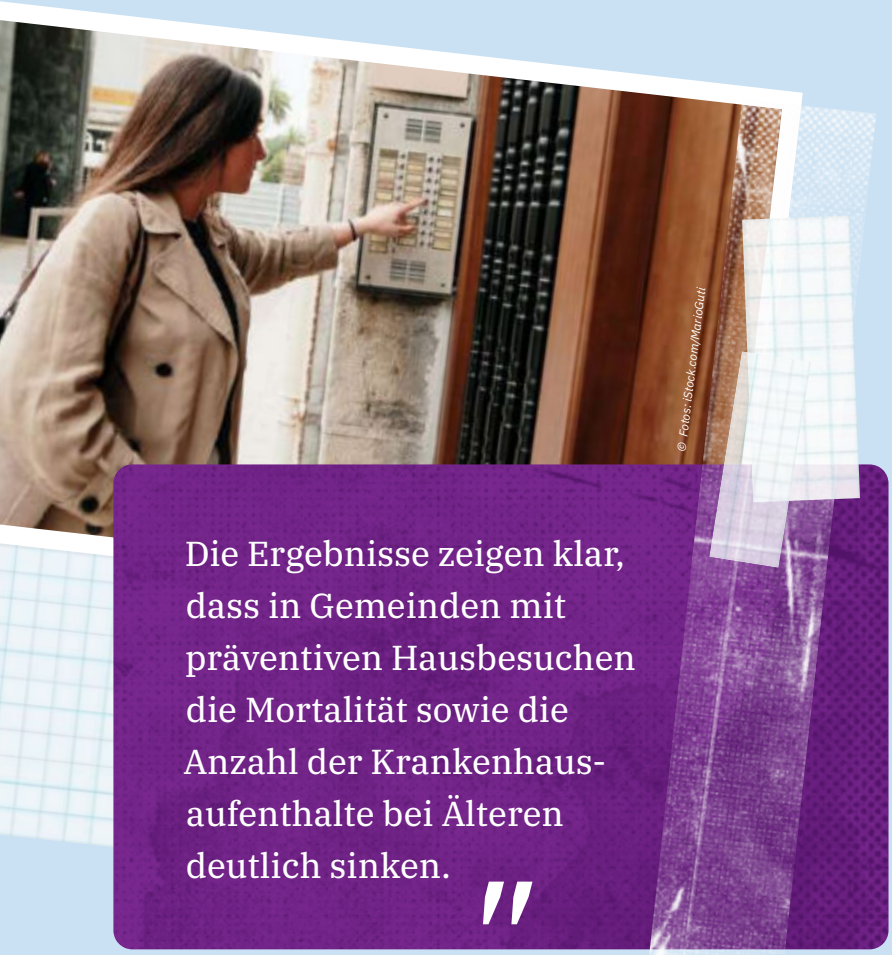
Mortalität und die Anzahl der Krankenhausaufenthalte bei Älteren deutlich gesenkt

Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025
Strukturreform Kommunen

AUTORIN · **Dagmar Jung**

© Fotos: iStock.com/irina88w

Ein Hauptaugenmerk von Prävention im Alter liegt nach Überzeugung des DEVAP auf der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit bzw. der Verringerung entsprechender (psycho-)sozialer und gesundheitlicher Risiken. Entscheidend für die Entwicklungszahlen des Pflegebedarfs wird sein, ob und wie frühzeitig kritische Lebenslagen alter Menschen mit diesen gemeinsam identifiziert werden können, um notwendige Interventionen einzuleiten. Hier bietet sich das Konzept des präventiven Hausbesuchs (PHb) an.



Die Ergebnisse zeigen klar, dass in Gemeinden mit präventiven Hausbesuchen die Mortalität sowie die Anzahl der Krankenhausaufenthalte bei Älteren deutlich sinken. "

Präventive Hausbesuche kaum in kommunalen Hilfestrukturen verankert

Schon heute wissen wir aus Berechnungen des statistischen Bundesamts, dass in 30 Jahren mehr als 25 % der deutschen Bevölkerung über 67 Jahre alt sein wird. Damit verbunden ist die Perspektive, dass deutlich mehr Ältere pflegebedürftig sein werden als die vier Millionen Pflegebedürftigen heute. Dem muss mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.

Bereits im dritten Altenbericht von 2003 sind Präventive Hausbesuche (PHb) bei alten Menschen als geeignete Methode beschrieben worden, um Risikofaktoren für Erkrankungen frühzeitig zu erkennen. Die letzte Koalition unter Angela Merkel hatte zwar die Förderung der PHbs in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, aber wie so vieles nicht eingelöst: die Angebote existieren bisher nur als unterschiedlich gestaltete, regionale Splitter. PHbs sind bislang in ganz wenigen kommunalen Hilfestrukturen verankert worden. Auch die Einführung des Präventionsgesetzes 2015 hat daran wenig ändern können.

> Entscheidend für die Entwicklungszahlen des Pflegebedarfs wird sein, ob und wie frühzeitig kritische Lebenslagen alter Menschen mit diesen gemeinsam identifiziert werden können, um notwendige Interventionen einzuleiten. "

Prof. Martin Karlsson, Gesundheitsökonom an der Uni Duisburg-Essen kritisiert, dass die positiven Effekte eines PHb auf die Lebenslagen alter Menschen durch die deutsche Gesundheits- und Präventionspolitik als zu gering bewertet werden und verweist auf skandinavische Erfahrungen. In Dänemark erhalten seit 1998 alte Menschen ab 75 Jahren zweimal im Jahr das Angebot, zu Hause von geschulten Fachkräften besucht zu werden, in Norwegen seit dem Jahr 2000: Fachkräfte verschaffen sich einen Überblick über die jeweilige Lebenssituation, geben Tipps zur Vermeidung von Risiken im Haushalt und vermitteln bei Bedarf Informationen zu Hilfs- und Pflegeangeboten oder stationären Einrichtungen.

Studienlage ist unzureichend

Verschiedene Beiträge im Auftrag von Krankenkassen oder durch Pflegewissenschaftler*innen bei Auswertung von Modellversuchen zweifeln die Effekte des PHb an. Wissenschaftlich konnte auch wegen der Stichprobengröße nicht belegt werden, ob oder wie der PHb überhaupt helfen kann, die Gesundheit Älterer zu verbessern und damit der Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Einige Kritiker behaupten sogar, der PHb solle lediglich helfen, Kosten einzusparen und befürchten eine schlechtere Lebensqualität alter Menschen.

Um diese kritischen Fragen grundsätzlich zu klären, fehlten bisher Studien mit einer ausreichenden Stichprobe, die einerseits einen längerfristigen Beobachtungszeitraum berücksichtgen und andererseits dazu noch Variablen mit eindeutigen Indikatoren zum Gesundheitszustand einbeziehen.

Eine große norwegische Studie umfasst nun die gesamte norwegische Bevölkerung aus den Jahren 1994 bis 2017. Die Ergebnisse zeigen klar, dass in Gemeinden mit präventiven Hausbesuchen die Mortalität sowie die Anzahl der Krankenhausaufenthalte bei Älteren deutlich sinken. Außerdem nehmen die alten Norweger*innen seither stärker häusliche Unterstützungsangebote wahr und Pflegeheimaufenthalte werden weniger wahrscheinlich.

Diese Ergebnisse sollten die politisch Verantwortlichen des alternden Deutschlands nun endgültig motivieren, den PHb flächendeckend einzuführen, leistungsrechtlich abzusichern und die Gemeinwesenorientierte Altenarbeit der Kommunen damit weiterzuentwickeln, findet der DEVAP. Der DEVAP hat hierzu im Herbst 2022 ein Positionspapier veröffentlicht.

Refinanzierung sichern und Pflegebedürftige entlasten

DEVAP legt Positionspapier vor

Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025
Strukturreform Investitionskosten

*AUTOREN · **Thomas Neeb & Anna Leonhardi***

Klimaschutz & Investitionskostenregelungen zusammenbringen

Der Klimaschutz und die Nachhaltigkeit sind wesentliche Zukunftsthemen, mit denen sich auch der DEVAP verantwortungsbewusst befasst.

> Die stationären Pflegeeinrichtungen sollen und wollen ihren Teil zur CO2 -Reduktion beitragen. "

In der AG Investitionskosten arbeiten wir mit diesem Thema intensiv. Als ersten Schritt haben wir deshalb unser Positionspapier unter der Überschrift „Klimaschutz und Investitionskostenregelungen im Pflegeversicherungsgesetz zusammenbringen“ zu diesem wichtigen Thema erweitert.

Die stationären Pflegeeinrichtungen sollen und wollen ihren Teil zur CO2-Reduktion beitragen und dabei Kostensteigerungen für die Bewohner:innen vermeiden.

Berechnungen zeigen, dass die Energiekosten in den stationären Einrichtungen aufgrund der CO2-Besteuerung überproportional steigen werden. Das kann in den nächsten Jahren bis hin zu einer Verdopplung der Energiekosten führen. Diesen Kostensteigerungen kann mit klugen Investitionen in Energieeffizienz und Substitutionsmaßnahmen in der Energieversorgung begegnet werden. Bei den aktuell rasant ansteigenden Energiekosten wird das Handeln in diese Richtung umso wichtiger.

Hierfür müssen verlässliche Signale aus der Politik und Selbstverwaltung mit Anreizen für Investitionen in Klimaschutz geschaffen und sichergestellt werden. Dazu bedarf es Regelungen, die Investitionen in Energieeffizienz unabhängig von bestehenden Vereinbarungen für Investitionskostensätze refinanzieren.

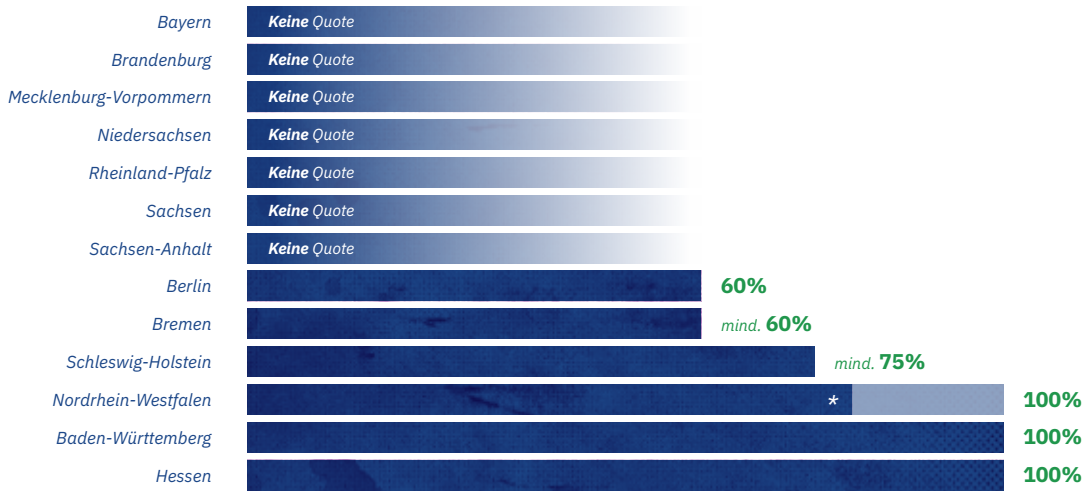
Dieser Ansatz ergänzt aus unserer Sicht zeitgemäß eine der sieben Forderungen im **„Strategiepapier DEVAP Altenarbeit und Pflege 2021 bis 2025“**, nämlich die Weiterentwicklung der Investitionskosten als Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen für hilfs- und pflegebedürftige Menschen zu schaffen.

Benötigt werden Vorgaben des Bundes für eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die operative Bewertung von Investitionskosten. Deren Grundlage müssen harmonisierte bauliche Vorgaben und angeglichene Bewertungsinstrumente sein, die es zu entwickeln gilt. Diese können zu einer Harmonisierung der heutigen länderspezifischen Differenzierungen und der Beseitigung von Ungleichheiten beitragen.

Zur Konkretisierung hat die DEVAP-Arbeitsgruppe Investitionskosten bereits im letzten Jahr das Positionspapier „Investitionskosten in der stationären Langzeitpflege neu verteilen“ veröffentlicht und dieses aktuell um den Aspekt des Klimaschutzes und der Refinanzierung nachhaltiger Investitionen ergänzt. Auch diese DEVAP-AG lebt vom MIT MACHEN und MIT DENKEN. Sie sind herzlich eingeladen dazu, Ihre Gedanken zu diesem wichtigen Thema einzubringen.

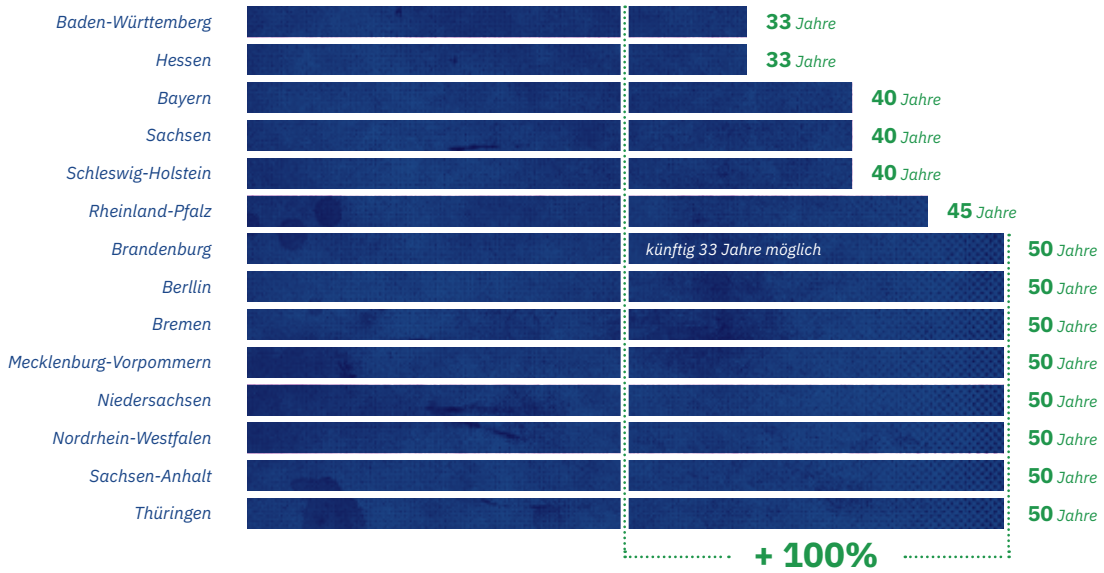
Flickenteppich Deutschland: Investitionskostenregelungen

Einzelzimmerquote pro Einrichtung

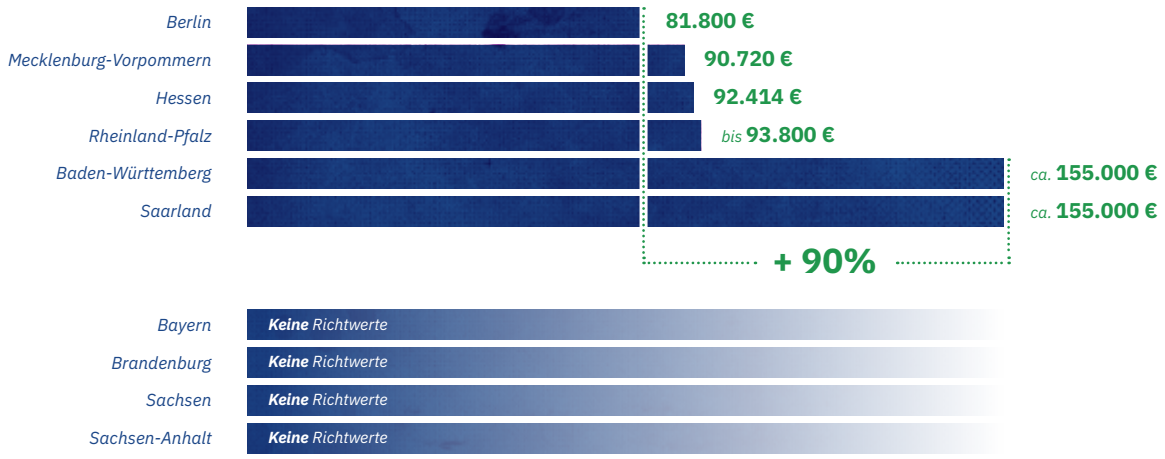


** 80% bei Bestandsbauten; 100% bei Neubauten*

Abschreibungslaufzeit für Gebäude



Kostenrichtwerte für Neubauten pro Pflegeplatz



Grafiken Erhebung DEVAP, Stand: 17.09.2021

DEVAP-Forderungen

Die Kernforderung des Positionspapiers ist: Es bedarf klarer, einfacher und bundeseinheitlicher Refinanzierungsregeln. Bau und Unterhalt der Gebäudeinfrastruktur müssen wirtschaftlich sichergestellt werden.

01 Die Infrastruktur in der vollstationären Pflege refinanzieren: Es bedarf einer Vereinheitlichung im Rahmen der Bundesgesetzgebung. Fördermittel des Bundes müssen unterstützen.

02 Die Preisunterschiede in den Bundesländern müssen abgebaut werden: Vereinheitlicht werden müssen: Abschreibungsfristen, Angemessenheitsgrenzen, Refinanzierung des Eigenkapitals, Mindestgrößen und Baukostenrichtwerte.

03 (Bau)technische Erfordernisse berücksichtigen: Maßstab für die technische Grundausstattung in der stationären Pflege müssen moderne Wohngebäude sein.

04 Umweltschonende und energiesparenden Bauweise als Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels.

05 Fachlich gebotene Auflagen: Bei behördlichen Auflagen (Brandschutz etc.) muss ebenfalls eine Refinanzierung gewährleistet sein.

06 Bedingungen an das Wohnumfeld vollstationär versorgter Pflegebedürftiger harmonisieren: Deutschlandweit müssen gleiche Anforderungen gelten, beispielsweise für Doppelzimmer, Zimmergrößen und Gemeinschaftsflächen.

07 Bürokratieaufwand reduzieren: Bei allen notwendigen Veränderungen ist darauf zu achten, den bürokratischen Aufwand weitgehend zu reduzieren.

© Fotos: iStock.com

> Benötigt werden Vorgaben des Bundes für eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die operative Bewertung von Investitionskosten.

© Foto: iStock.com / Wipreyath Kamonsuwan

Ihre starke Stimme für Pflege im politischen Berlin

Von links nach rechts: Thomas Neeb, Uwe Machleit, Sonja Driebold (Gast), Christoph Dürdoth (Gast), Hannelore Rexroth (Gast), Dr. Bodo de Vries, Anna Leonhardi, Sandra Schuhmann, Rudolf Michel-Fabian, Wilfried Wesemann, Katrin Kell, Sebastian Wirth
Es fehlen: Ulrike Döring, Andrea Hirsing, Maria Loheide, Claudia Ott, Sven Schumacher

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) setzt sich seit über 80 Jahren für die Belange der Altenhilfe in Deutschland ein.

Wir bündeln die Interessen diakonischer Träger und Verbände und positionieren uns zu den aktuellen Themen auf bundespolitischer Ebene. Diakonische Unternehmen und Verbände repräsentieren über 20 % der Altenarbeit und Pflege in Deutschland.

Als Bundesfachverband im Verbund der Diakonie vertritt der DEVAP unmittelbar und mittelbar ca. 1.950 stationäre Einrichtungen der Altenhilfe mit 176.000 Plätzen sowie über 1.400 ambulante gesundheits- und sozialpflegerische Dienste. Darüber hinaus sind zahlreiche Pflegeschulen und Einrichtungen der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit im Verband organisiert.

Für weitere Informationen besuchen Sie gern unsere Homepage www.devap.de oder kontaktieren uns direkt in der Geschäftsstelle unter **info@devap.de** bzw. **030 83 001-277**.

DEVAP Geschäftsstelle
Mitarbeiter:innen

Anna Leonhardi

ist seit dem 1. April 2019 die Geschäftsführerin des DEVAP. Die Juristin arbeitete bereits bei verschiedenen diakonischen Trägern und Verbänden und ist damit sehr erfahren in der Verbands- und Lobbyarbeit. Ihr Hauptanliegen ist es, weiterhin die politischen Entscheider für die Reformideen des DEVAP im Sinne der Interessen der Mitglieder zu begeistern, bestehende und neue Verbünde als Unterstützung zu nutzen und den dringenden Handlungsbedarf in der Pflege noch stärker nach außen zu kommunizieren. Ein zukunftsfestes Pflegesystem ist nur durch mutiges Umdenken möglich.

Katharina Voß

ist seit 2016 als Fachreferentin vor allem für die Bereiche Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie ambulante pflegerische Dienste im DEVAP zuständig. Zentrale Themen sind die generalistische Pflegeausbildung und die Bürokratieentlastung im ambulanten Bereich. Aber auch die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hin zu einem stabilen, zukunftsfesten System gehört zu ihren Schwerpunkten. Zudem ist sie Ansprechpartnerin für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im DEVAP.

Darwin Paulikat

bereichert das Team der DEVAP-Geschäftsstelle seit Anfang November 2022 als Assistent. Durch seine Ausbildung als Kaufmann für Büromanagement bringt er umfangreiches Fachwissen im Verwaltungs- und Organisationswesen mit. Seine vorherige Tätigkeit bei der Domicil Seniorenpflegeheim GmbH in Berlin hat ihm tiefe Einblicke und Erfahrungen in der Langzeitpflege gewährt, welche er nun in die tägliche Arbeit beim DEVAP einbringen wird. Das Team der Geschäftsstelle freut sich sehr auf die Zusammenarbeit.

Ihre Vorteile – unsere Leistungen für christliche Einrichtungen

- individuelle Entwicklung von Versorgungssystemen
- Überprüfung von Versorgungszusagen
- Erstellung aller arbeitsrechtlichen Unterlagen
- persönliche Analyse und Beratung vor Ort

Damit erreichen wir für Sie:

- Aufdecken und Beheben von Haftungslücken
- Entlastung Ihrer Personalabteilung
- attraktive Förderung der Mitarbeitenden

vrk.de/bav – Ihr Partner für die betriebliche Vorsorge – **info@vrk.de**

GESUNDHEITSCAMPUS DER BKK DIAKONIE

Mit kostenfreien digitalen Angeboten

GESUND SOZIAL ARBEITEN

Oder scan me!

GESA ERKLÄRT WIE'S GEHT:
WWW.GESUND–SOZIAL–ARBEITEN.DE

BKK Diakonie
Königsweg 8 | 33617 Bielefeld | 0521.329876-120 | info@bkk-diakonie.de | www.bkk-diakonie.de

Impressum
DEVAP-Jahresheft 2022

Herausgeber:

DEVAP

Deutscher Evangelischer Verband
für Altenarbeit und Pflege e.V.
Invalidenstraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 83 001-277
Web: www.devap.de
Email: info@devap.de

Vorstandsvorsitzender:

Wilfried Wesemann

Geschäftsführung:

Anna Leonhardi

Chefredaktion:

Katharina Voß

Redaktion:

Michael Schulz
www.social-company.de

Design:

Andreas Viol

Druck:

Buch- und Offsetdruckerei
H. Heenemann GmbH & Co.Kg,
Berlin

Autoren:

Detlef Friedrich,
Dagmar Jung,
Thomas Kalwitzki,
Prof. Dr. Karl Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit,
Anna Leonhardi,
Maria Loheide,
Uwe Machleit,
Claudia Moll, Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung,
Thomas Neeb,
Claudia Ott,
Sonja Schneider-Koch,
Michael Schulz,
Katharina Voß,
Wilfried Wesemann,
Sebastian Wirth